

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 2.

Berlin, den 9. Januar 1910.

14. Jahrg.

Ein Rück- und Ausblick.

Die Erde hat wieder einmal ihre Bahn um das Lichtgestirn vollendet und ein neues Jahr hat bereits begonnen. Das Jahr 1909 stand noch ganz im Zeichen der wirtschaftlichen Krise und erst in seiner zweiten Hälfte war ein kleines Abflauen der großen Arbeitslosigkeit zu bemerken. Zu all der wirtschaftlichen Not der Massen kam noch die Verteuerung der Lebensmittel durch kapitalistische Preistreibererien sowohl wie durch die famose Finanzreform. Nicht weniger als 400 Millionen Mark indirekte Steuern sind dem arbeitenden Volk seitens des aus Zentrum und Konservativen gebildeten Schnapsblocks neu aufgebürdet worden. Diese „christlichen“ Parteien haben dem armen Volke genommen, um den Reichen zu geben. Die große Finanzreform war ein allgemeiner Raubzug der Besitzenden auf die Taschen der Besitzlosen, allerdings ein Raubzug beschönigt mit dem Mantel des legalen Gesetzes. Die Raubrittergeschlechter haben nur die Form ihres Handwerks modernisiert, in der Sache selbst sind sie ganz die Alten geblieben. Die moderne Form der Willkür ist auch weniger riskant für Leib und Leben der „Edlen“, sie brauchen sich nicht mehr der Gefahr auszusetzen, bei der Ausübung ihres Metiers erschlagen oder gefangen und dann gehangen zu werden. Mit Kleinigkeiten brauchen sich die Herrschaften auch nicht mehr abzugeben, sie können gleich Millionen einsacken. Drei Jahre ist es jetzt her, seit man diese glorreiche Politik in Deutschland inaugurirt hat. Damals galt es den deutschen Michel gründlich einzufesseln und das ist den Herren von Bülow bis Liebert nur zu gut gelungen. Die 500 Millionen neuer Steuern war das Strafmandat für die Dummheit des deutschen Michels, denn soviel Eiseigenschaften darf selbst die Reichspolizei nicht ungerochen durchgehen lassen. Der Michel hat die nationalen Hochstapler als ehrliche Leute angesehen, und für diese seine Kurzsichtigkeit wird er jetzt entsprechend der Größe seines Vergehens gestraft. Recht muß eben Recht bleiben und wer Dornen säet darf nicht auf Trauben hoffen. Ob indes die Strafe dauernd helfen wird, wir möchten es sehr bezweifeln, der Michel ist ein gutes Schaf und sein Gedächtnis ist ebenso kurz wie sein Gesicht. Fast scheint es ja, als ob die Massen endlich einsehen wollten, daß sie es sind, die gehoren werden. Die Landtagswahlen in Baden, Berlin und Sachsen und deren Ergebnisse lassen hoffen, daß auch die nächsten Reichstagswahlen ein anderes Bild geben werden. Auch die Wahlen zu den kommunalen Körperschaften haben nach der „Finanzreform“ gezeigt, daß endlich die Massen zu begreifen beginnen, woher der Wind weht und was sie zu ihrer Selbst-erhaltung zu tun haben. Die gleiche Beobachtung konnte man bei den Reichstagswahlen machen, die Siege in Landau, Koburg und Halle und die Stimmenvermehrung der Partei in anderen Wahlkreisen zeigen, daß die Wankelmütigen jetzt wieder wissen, welche Partei der wirkliche Hort des Volkes ist. Darüber ist nun der Raubjammern bei den bürgerlichen Parteien groß, am größten bei den konservativen Volksfeinden und beim scheinheiligen Zentrum. Diese beiden Parteien beschwören unter Androhung aller Höllequalen das Volk, wieder zu ihrer Schnapsflasche zurückzukehren. Und wie man mit dem Volk in Zukunft reden will, das hat der Zustand der Bergarbeiter im Mansfelder Revier gezeigt. Diese armen Teufel, die vor ganz kurzer Zeit reichstreuen und in ihr Schicksal ergeben waren, hat man solange schikaniert, bis sie in ihrer Verzweiflung zum letzten

Mittel, zur Arbeitseinstellung griffen und dann hat man Maschinengewehre gegen sie aufgeföhren. Na so macht man auch aus den Reichstreuesten — Sozialdemokraten. Und am Ende des Jahres hat die Reichsregierung sich zum Schützer der rheinisch-weißfälischen Kohlenmagnaten aufgeworfen, hat deren Maximen und Ausperrungstaten im Reichstage beschönigt und verteidigt. Auch das zeitigt dort im Ruhrrevier bei den Massen, auf die die Geißel des Zwangsarbeitsnachweises herniedersauft, sicherlich eine Stimmung für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und einen guten Resonanzboden für den politischen Kampf. Weil die Regierung den Kapitalisten zu Willen sein muß, bringt sie auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung nur noch elendes Pfluschwerk zustande. Alle in Aussicht stehenden sozialpolitischen Gesetze sind in den Regierungsentwürfen nicht Gesetze zum Schutze der Arbeiter, sondern solche zum Schutze der Ausbeuter. So die Gewerbeordnungs-Novelle, der Versicherungs-Gesetzentwurf. Man ist eben in allen oberen Regionen der Ansicht, daß die Kompotischüssel des Arbeiters ohnedies schon überhört sei.

Der neue Strafgesetzentwurf bringt der Arbeiterschaft eine Art Sozialistengesetz, nur daß dieses kein Ausnahmengesetz, sondern gemeines Recht werden soll. Es enthält ein Streikverbot für Eisen- und Straßenbahner und stellt die Aufforderung zum Streik oder Boykott überhaupt unter schwere Strafe.

Alles dieses genügt wohl, um der Arbeiterschaft klar zu machen, was sie in der nächsten Zukunft von ihren Freunden zu erwarten hat. Der Ausblick ins neue Jahr ist für die werkschaffende Bevölkerung kein rosiges, und so bringt uns die nächste Zukunft wiederum Kampf und abermals Kampf. Es gilt den herrschenden Massen, dem Kapitalismus die Summe des Steuerraubes und der Extraprofite in Form von höheren Löhnen wieder abzugeben. Auf den Druck von oben muß der Gegenruck von unten folgen. Da heißt es also, gerüstet zu sein. Eine Rüstung zum Kampfe ist auch der bevorstehende Zusammenschluß der Organisationen im Transportgewerbe, den uns das Jahr 1910 sicher bringen wird. Die Unternehmer haben unter sich diese Zusammenfassung schon längst vollzogen. Jetzt folgen endlich auch wir dem Beispiele, das uns diese gegeben. Und wie dringend notwendig diese Schweißung des Ringes ist, das zu erörtern hieße Junter nach Preußen tragen. Das begreift jeder der nur die Anfangsgründe der gewerkschaftlichen Organisation beachtet. Auch heute gilt eben immer noch der Grundsatz, daß im Kriege der Herrgott sich bei den stärkeren Bataillonen einfindet. Mehr Mannschaft, mehr Moneten, mehr Macht. Das ist so klar wie nach Adam Riese: 2 mal 2 = 4 ist. Es gibt auch keine Reibungsflächen zwischen den verwandten Organisationen mehr, die Zeit, die wir früher bräuchten, um die Grenzreitigkeiten zu schlichten, die können wir jetzt weit fruchtbringender zum Ausbau der Organisationen verwenden. Kollegen, die Bahn ist jetzt frei zur Arbeit und Grobes kann geschaffen werden, wenn ihr eure ganze Kraft in die Waagschale werfet. Nicht mit Bittern und Zagen, nein frohen Mutes können wir der nächsten und ferneren Zukunft ins Auge sehen. Es gibt kein Zurück, nur ein Vorwärts und ein Aufwärts.

Langsam setzt auch die Wiederbelebung der Konjunktur ein, sie bringt uns wieder günstigere Chancen zum Kampfe, wie wir sie in den drei letzten Jahren gehabt, die uns doch auch nicht zurückwerfen vermocht. Die große, einheitliche Organisation wird auch

mächtig werdend auf die Masse der Indifferenten, der uns noch Fernstehenden wirken müssen, sie wie ein Magnet das Eisen anziehen. Die Massen imponieren auch dem, der die Grundsätze und die Aufgaben der Arbeiterbewegung noch nicht erfaßt hat, sie wirken wie eine Suggestion, der er sich hingibt. Diese Werbestraft der großen Organisation muß von der Kollegenschaft allüberall unterstützt werden. Es gilt jetzt, ganze Organisationsarbeit zu machen, gilt mit neuer Kraft zu wirken, dann muß trotz der Tücken aller unserer Feinde der Sieg endlich unser sein. Uns Wert!

Der Brauereiarbeiter-Verband und die Leistungen des Transportarbeiter-Verbandes in Frankenthal.

War einer, dems zu Herzen ging,
Daß ihm der Popf nach hinten hing,
Der Popf hängt ihm nach hinten.
Da hat er schnell sich umgedreht,
Und wie es kumt, es dennoch steht,
Der Popf hängt noch nach hinten.

Neulich geht es den Brauereiarbeitern, denen der faulstüchtige Popf „ungewerkschaftlicher Handlungsweise“ schwer zu schaffen macht. Anscheinend aber ist ihnen solches Lebensbedürfnis, wie dem biblischen Simson die langen Haare. Daher auch Peter und Morbio, wenn im Interesse der Arbeiterbewegung der Chinesenschöpf der Brauer ein wenig geküßt werden muß. Die Sache ist aber nun nicht so leicht, da Haare alle Tage wachsen und Unvernunft bei den Brauereiarbeitern nicht ausstirbt. Das zu beweisen, bemüht sich die „Brauereiarbeiter-Zeitung“ in Nr. 50 vom 10. Dez. 1909 in einem spaltenlangen Artikel. Leider sind wir gezwungen, um diesen „Schwabenstreich“ kostbare Zeit zu vergeuden, da es unsere Pflicht ist, die unheilvolle Wirkung dieses Unsinns, der sich in der „Pfälzer Post“ vom 14. Dezember 1909 in einem Frankenthaler Kartellbericht bereits bemerkbar macht, zu verhindern. Dieser Kartellbericht ist vom Brauereiarbeiter-Verband einseitig inspiriert, natürlich nur zu dem Zweck, in Nr. 52 der Brauereiarbeiter-Zeitung eine weitere Ladung auf den Transportarbeiterverband zu werfen. Wir kommen auf diese Geldentat weiter unten zurück.

Im Anschluß an die Veröffentlichung eines im „Frankenthaler Brauhaus“ abgeschlossenen Tarifvertrages, nahmen wir Gelegenheit, mit einigen Worten das Verhalten des Brauer-Verbandes bei der Bewegung zu beleuchten. Wahrheitsgemäß und daher mit gutem Recht! Drob ist großer Zorn bei jenen, deren Beruf es ja ist, alles, auch die Wahrheit, zu verwässern. In der bekannten Manier jammert die „Brauereiarbeiter-Zeitung“ über Beschimpfungen und Verächtlichungen. Die guten Leute scheinen sich anderer Dinge nicht mehr für Wert zu halten.

Es hat lange gedauert, bis die Herren es wagten, sich den selbstgewundenen Lorbeerkränzen anzuhängen, und nach Lage der Sache hätten sie wirklich alle Ursache gehabt, hübsch stille zu sein. Das geht auf uns.

Alle Achtung. Jedenfalls ist es unsere Sache, wenn wir etwas veröffentlichen wollen. Ohnehin hat die Veröffentlichung noch nicht einmal so lange warten lassen, als die diesbezügliche Antwort der „Brauereiarbeiter-Zeitung“. Außerdem ist es wirklich nett, daß die Brauer anfangen, von „wagten“ zu reden. Sind sie vielleicht zu der Erkenntnis gekommen, daß ihr Gebaren ein Schrecken der deutschen Arbeiterbewegung sei? Sollte uns wirklich freuen und wir hoffen auf baldige Besserung. Unser Schweigen wäre der „Brauereiarbeiter-Zeitung“, wie es scheint, sehr angenehm gewesen, war aber zu ihrer eigenen Gesundheit leider nicht angängig.

Bezüglich der Tarifberatung bestätigt die Frankenthaler Ortsverwaltung die Einladung. Wegen Verhinderung beauftragte der Vorstehende eine Vertretung; die man, wie's scheint, gern überfah und vor dem Sitzungszimmer ließ. Die Beschlüsse der Sitzung sind uns offiziell auch nicht mitgeteilt worden. Nach den in Mainz und Mannheim gemachten Erfahrungen

konnte uns dies auch herzlich gleichgültig lassen. Auf-
fällig war nur die herablassende Loyalität, uns schein-
bar bei der Bewegung überhaupt mit heranzuziehen.
Dat die Bewegung nicht gereicht? Näheres werden wir
weiter unten sehen.

Entsprechend unserem seit dem
3. August 1907 mit dem Frankent-
thaler Brauhaus bestehenden Tarif-
vertrag, reichten wir am 26. Juli (nicht am 3.)
im Auftrage der Kutscher, Hilfsarbeiter und Maschi-
nistinnen einen Tarif-Entwurf ein. Da in diesem Ent-
wurf Forderungen anderer Gruppen mit keinem Wort
berührt waren, hielten wir es nicht für
nötig, von den Herrn Brauern eine Erlaubnis für
unserer Bewegungen einzuholen. Wir erwarteten viel-
mehr, daß die Brauer in Zukunft auch in unsere An-
gelegenheiten nicht hineinzufragen. Was soll es nun
heißt, wenn die „Brauerei-Zeitung“ die Dinge so zu
deuteln versucht, als hätten wir eine Schmälerung
ihrer Vergünstigungen verursacht. — Umgekehrt wird
ein Schuß daraus! Auf Kosten der Transportarbeiter
sollte eine Kuh geschlachtet werden. Man war sich auf
jener Seite darüber einig geworden, pro Arbeiter
3 Mt. mehr in der Woche zu verlangen. Hätten die
Brauerei diese Zulage für ihre Verbandsangehörigen allein
gefordert, so hätten wir ihnen gewiß nur Erfolg ge-
wünscht. Ohne Verständigung aber wurde die
Forderung bei der ersten Verhandlung von Seiten
der Brauer eigenmächtig für die Ge-
samtheit gestellt. Unser Vertreter, der un-
vorbereitet erst im letzten Augenblick zur Verhandlung
gerufen wurde, konnte auf die Forderung der Brauer
natürlich nicht eingehen, da er damit seine Organi-
sation geschädigt hätte. Die wohlbegründete Einrede
unseres Vertreters veranlaßte dann den Direktor des
„Frankenthaler Brauhaus“, der Kommission den guten
Rat zu geben, sich erst einmal über die Forderungen
einig zu werden. Ist es nun unsere Schuld, wenn
der Direktor konsequenter war als die Herren Brauer?
Nein! — Die Brauer wollten auf Kosten der
Transportarbeiter im Trüben fischen.
Wenn wir solches Gebaren als nicht fair bezeichneten,
haben wir nicht zu viel gesagt.

Laut altem Vertrag bestanden im Brauhaus für
uns Löhne von 21—24,50 Mt. bei einer fünfjährigen
Steigerung. Nach den Forderungen der Brauer hätten
wir demnach einen Höchstlohn von 27,50 Mt. erreicht.
Laut unseren Forderungen und Mannheimer Vertrag
erhalten die Kutscher jetzt 26 bis 28 Mt. in
dreijähriger Steigerung. Wollen uns
die Brauer vielleicht verargen, daß wir 50 Pfg.
pro Woche mehr herausgeholt haben?
Leute, die noch niemals Solidarität uns gegenüber
gezeigt haben, verlangen von uns Selbstmord aus
lauter Solidarität. Soweit kann die Gemütlichkeit nun
doch nicht gehen.

Hätten die Brauer mit in der von ihnen ange-
zogenen Geschäftsversammlung uns gegenüber stich-
haltige Gründe für ihre 3 Mt.-Forderung an-
führen können, so hätte sich immer noch reden
lassen, und wir wären die Letzten, die für ver-
nünftige Argumente nicht zugänglich wären. Als
blinde Schildmappen lassen wir uns nicht ge-
brauchen. Allgemeine Phrasen, wie der Mannheimer
Vertrag gefällt uns nicht usw., sollten für uns
ausreichen, auf unsere Kosten für das Wohl der
Brauerei zu sorgen. Ueberhaupt originell: Der Mann-
heimer Vertrag, bei dessen Abschluß man die Trans-
portarbeiter mit den ersonnenlichsten Mitteln
fern zu halten versuchte, erlebte in Frank-
enthal eine faßliche Kritik. Das Schlimme und Un-
stößige aus dem Mannheimer Vertrag herauszulassen
wie wir es wollten, und auch in unserer Vorlage ge-
tan haben, wollte den Brauern natürlich nicht ein-
fallen. Warum, wissen nicht nur die Götter, hoffent-
lich auch die Brauer. Daß wir in der Geschäfts-
versammlung das Spiel der Brauer nicht mitge-
macht haben, mag man uns übel nehmen. Wir
werden es in Zukunft immer so halten. Aus Rache
hat man uns in der „Brauerei-Zeitung“ abblinden lassen.
Wir sind zufrieden! Die weiteren Bemerkungen,
welche die „Brauerei-Zeitung“ auf den „trotz aller Ver-
ständnisse“ guten Vertragsabschluß aufträgt, hätte man
sich ebenfalls sparen können. Denn die Dinge liegen in
Wirklichkeit so, daß wir im allgemeinen ohne die
Brauerei im Meßnerischen Betrieb, d. h.
ohne den voreiligen Abschluß dort,
mit den gestiegenen Tarifforderungen über
den Mannheimer Vertrag hinausge-
kommen wären. Von dieser Tatsache scheint die
„Brauerei-Zeitung“ nichts erfahren zu haben. Uns soll's
einverstanden recht sein. Obige Tatsache, die ja doch
wohl gelegentlich der Verhandlung im Frankenthaler
Brauhaus bestätigt worden ist, dürfte mit dem
Empfänger veründeten Mythos, den man in der Meß-
nerischen Brauerei geräutet haben will, etwas Ab-
bruch tun. Jedoch muß es uns unter den gegebenen
Verhältnissen gleich sein, was die Brauer für ihre
Mitglieder zu leisten für gut halten. Sine qua non ist es
Künftige Entbehrung, wenn man uns der
Lüge oder Verdächtigung zeihet. Gott
set uns Sünder gnädig, wenn wir es getan hätten.
Die Frankenthaler Bierfahrer sind
entgegen gesetzter Meinung und haben
sich trotz der liebevollsten Annahme von dem Brauer-
arbeiter-Verband ab- und uns zugewendet. Die
Gründe waren allzu klar.

Bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat
sich Herr Meßner einschließlich der Lourengelder immer
analog den Verhältnissen im „Brauhaus“ gehalten.
Dieses anerkennenswerte Verhalten ist durch die
Brauerei geändert und wäre ohne unser Ein-
greifen tatsächlich verschlechtert worden. So ist laut
Ergänzungsabkommen für Bier- und Bierfahrer am
Sonntag gegen den Vertrag im „Brauhaus“, wo
70 Pfg. pro Stunde gezahlt werden, für Meßner

60 Pfg. pro Stunde festgelegt worden. Das „Brau-
haus“ zahlt bei Sonntagsarbeit einen Zuschlag von
3 Mt. Das Abkommen verlangt pro Stunde 25 Pfg.
Also eine Differenz von mindestens 50 Pfg. weniger.
Ob es notwendig war, den Lohn während des Ur-
laubes, welcher laut Mannheimer Vertrag ein-
schließlich Biergeld gezahlt wird, auf „a us-
schließlich Biergeld“ bei Meßner zu setzen, be-
zweifeln wir stark. Die Gast der Brauer, den Ver-
trag zu bekommen, mag Schuld sein. Das „Brau-
haus“ hat sich dem angeschlossen. Den Nachteil mögen
unsere Kollegen den Brauern verbanken. Bei den
Lourengeldern ist man jedenfalls ohne Kenntnis der
bestehenden Lage im „Brauhaus“ bei Meßner wieder-
um mindestens leichtsinnig verfahren. So
haben die Brauer für Pfingsten 1,50 Mt. festgelegt.
Wir bestanden auf 2 Mt. Für Neustadt vereinbarten
die Brauer 1,50 Mt. Das „Brauhaus“ zahlt je-
tzt 2,00 Mt. und wir sind sicher, daß wir ohne
das Abkommen der Brauer in diesem Falle 2,50 Mt.
bekommen hätten. Es ist nun charakteristisch, daß trotz
des Abkommens der Brauer Herr Meßner die Sache
des „Brauhaus“ seinen Kutschern bezahlt. Das Ab-
kommen der Brauer war also sehr unvorsichtig, wenn
auch wieder durch uns gemacht, hätte das Schauspiel
vermieden werden können, wenn sich die Brauer end-
lich von ihrer Stillschaltung losgerissen würden. Im
Angebot vorstehender Tatsachen, kann es nicht mehr
schwer fallen, den Vorwurf der „Kontinuität“ hinzu-
nehmen, da es die Brauer für nötig halten, Un-
beteiligte in den Streit hineinzuziehen, wie nach-
stehende Notiz beweist:

„Frankenthal, 9. Dez. Gewerkschaftskartell.
Die Sitzung vom 8. Dezember war nur schwach
besucht. Es fehlten die Bäcker, Gemeindegewerkschafter,
Küfer und Zimmerer. — Brauer und Transport-
arbeiter. Wie schon öfters, hatte sich auch diese
Sitzung mit einer unerwünschten Sache zu beschäftigen.
Anlässlich des Tarifabschlusses in den hiesigen Braue-
reien kam es zwischen den Brauern und Transport-
arbeitern zu einem Konflikt, bei dem die letzteren nach
dem vorliegenden Material keine rühmliche Rolle
spielten. In der letzten Sitzung war der Gauleiter
der Brauer, Kollege Schmutz, anwesend. In einem
Artikel des „Courier“ waren die Tarifabschlüsse be-
sprochen und zum Teil falsch wiedergegeben. Im
Schlusse des Artikels aber werden die Brauer ange-
pöbel und beschimpft. Von der Sitzung wurde einer
Resolution zugestimmt, welche das Vorgehen der
Transportarbeiter als organisierte Kollegen unwürdig
erklärt und den tarifabschließenden Funktionären das
Zeugnis ausstellt, daß sie korrekt gehandelt haben.“

Also der Gauleiter der Brauer geht in eine schlecht
besuchte Kartellsitzung und läßt sich gegen Recht und
Gepflogenheit von unbeteiligten Leuten durch Reso-
lution beschimpfen, was die Transportarbeiter für
schlechte Akte sind, um für weitere Stänkereien Ge-
legenheit zu haben. Hoffentlich bekommen wir durch
nachstehende Einreden Gelegenheit, zu erfahren, mit
welchen Mitteln die Brauer Geschichten machen.

„Pfälzer Post“ vom 24. 12. 09:
Bom Transportarbeiter-Verband
erhalten wir folgende Zuschrift:

Am Dienstag, den 14. Dezember erschien in der
„Pfälz. Post“ der Kartellbericht aus Frankenthal,
worin die Transportarbeiter angegriffen wurden und
wo ausdrücklich betont wurde, daß Gauleiter Kollege
Schmutz von den Brauern anwesend war. In dieser
Sitzung soll angeblich einstimmig eine Resolution an-
genommen worden sein, die das Vorgehen der Trans-
portarbeiter als organisierte Arbeiter unwürdig be-
zeichnete und den vertragsschließenden Funktionären das
Zeugnis ausstellte, daß sie korrekt gehandelt hätten.
Es fällt uns nicht ein, auch nur ein Wort über den
Verlauf der Bewegung zu verlieren, denn wie die
Brauerei in den Bewegungen, und in der Agitation
vorgehen, darüber können alle Organisationen, die
mit den Brauern zu operieren haben, ein Liedchen
singen. Die Generalkommission der Gewerkschaften
wird sich ja in der nächsten Zeit damit befassen. Wir
bedauern nur die Genossen, welche stillschweigend mit
zugehört haben, wie in einer Sitzung über eine Or-
ganisation hergezogen wurde und die zuletzt gar noch
einer Resolution zustimmten, die die Tatsachen auf
den Kopf stellt. Es ist allgemein üblich, daß man
dem Angeklagten Gelegenheit gibt, sich zu äußern,
evid. sich zu verteidigen. Dies ist auch in der Ge-
werkschaftsbewegung oberster Grundsatz. Bei dem Ge-
werkschaftskartell Frankenthal scheint dies als über-
lässig betrachtet zu werden. Weil nun auch der
Frankenthaler Kartellvorsitzende auf Grund unserer Er-
fahrungen als ziemlich voreingenommen für die Brauer-
organisation uns erscheint, sprechen wir ihm, mit
samt denen die in der Sitzung anwesend waren und
für diese Resolution gestimmt haben, so lange das
Recht ab- über uns zu urteilen, bis sie sich bequemem,
bei zukünftigen Sitzungen sich nicht einseitig infor-
mieren zu lassen, sondern bei derartigen Angelegen-
heiten ihren Vorsitzenden schriftl. beauftragen, beide
Parteien zu laden und anzuhören.

S. A.: Aug. Geil.
Frankfurt a. M., den 23. Dez. 09.

An das
Gewerkschaftskartell Frankenthal,
B. P. Julius Handelman, Vorsitzender,
Werte Genossen!

Die „Pfälzer Post“ vom 14. Dezember 1909 ent-
hält einen Bericht über eine am 8. Dezember statt-
gehabte Sitzung des dortigen Gewerkschaftskartells.
In diesem Bericht ist von einer Resolution die Rede,
welche sich gegen das Vorgehen der Transportarbeiter
gelegentlich der Lohnbewegung in den dortigen
Brauereien wendet.

Mit gutem Recht erheben wir ganz entschieden
Einspruch gegen derartige Berichte, in denen man

sich unbefugterweise gestattet, eine kartellierte Or-
ganisation anzurempeln.

Des weiteren sprechen wir dem Kartell das
Recht ab, nach einseitiger Information
über eine Berufsgruppe zu Gericht zu sitzen.“

Wollten wir annehmen daß es die Absicht des
Kartells war, bei den bestehenden Reibereien zwischen
zwei Organisationen vermittelnd zu wirken, so müßten
diese Absichten mindestens den in Frage kommenden
Ortsverwaltungen bekannt gegeben und dieselben ein-
geladen werden, damit den Kartelldelegierten eine
objektive Beurteilung der Dinge gestattet war. Die
gepflogene Behandlung der Angelegenheit hat mehr
geschadet als genützt. Aus diesem Grunde gestatten
wir uns, das dortige Kartell auf seine wirklichen
Aufgaben aufmerksam zu machen, die in diesem Fall
darin bestehen müssen, einigend und nicht zerstörend
in der Arbeiterbewegung zu wirken.

Gegen das in der Resolution festgelegte Urteil
über die Transportarbeiter erheben wir Berufung
und beantragen eine Kartellsitzung, in der uns Ge-
legenheit zur Verteidigung gegeben wird.

Mit soziald. Gruß
Der Gauvorstand: Die Ortsverwaltung:
G. D. Lehmann. Joh. Willer.

Damit ist die „berühmte“ Frankenthaler Resolution
auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Die Brauer
haben wirklich alle Ursache, vor ihren eigenen Türen
zu liegen.

Rings um Leipzig.

Drum laßt uns mutig weiterringen
Für aller Menschen Wohlergehen
Bedenkend, daß im Freiheitskampf
Wir müssen treu zusammenstehen.

An diese Worte knüpfen wir an, wenn wir am
Schlusse des Jahres die geleistete Arbeit in Leipzig
Umgehend mit den Erfolgen vergleichen.

In den Orten rings um Leipzig ist im verflo-
senen Jahre viel Aufklärungsarbeit geleistet worden,
aber noch mehr muß getan werden, um bei passender
Zeit auch dort überall dem Unternehmertum eine
strikte, schlagfertige Organisation entgegenstellen zu
können. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß trotz
Kritik und Vernichtungswut der Unternehmer, die hier
in Frage kommenden Mitgliedschaften, auch im ver-
floffenen Jahre nicht nur stabil geblieben, sondern
einige sogar wesentlich vorwärts geschritten sind.

Trotzdem daß in Laucha der größte Teil un-
serer Kollegen noch unter einer mörderisch langen
Arbeitszeit schmachtet, hat sich die Zahl der Mitglie-
der vergrößert und es bedarf nur noch einer inten-
siven Agitation, um den Kreis der Verbandskollegen
wesentlich zu erweitern.

In Eilenburg hat sich die Mitgliedschaft aus-
entwickelt. Die Leitung hat ein Genosse in den Hän-
den, der Lagerhalter ist. In der letzten Versam-
mlung wurde schon ausgeführt, daß die Eilenburger
Mitgliedschaft nun auch daran denken müßte, dem so
wie so schon mit Partei und Gewerkschaftsarbeitern
überlasteten Genossen unsere Arbeit nun endlich abzu-
nehmen und daß die Organisations- und Agitations-
arbeiten in Zukunft von den Mitgliedern selbst ver-
richtet werden müsse. Es sei ungerührt, wenn eine
Mitgliedschaft fremde Hilfe, die in der Arbeiterbewe-
gung weit wichtigere und notwendige Aufgaben zu
erfüllen habe, noch fortgesetzt in Anspruch nehme.

Differenzen mit Unternehmern hatten wir in Eilen-
burg bei dem Fuhrunternehmer Hermann Hafersorn,
die zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt wurden.
Weiter hat auch die Verwaltung des Konsum-Vereins
den zwischen unserer Organisation und dem Zentral-
verband deutscher Konsum-Vereine vereinbarten Lohn-
tarif anerkannt. Durch Verhandlungen war es uns
möglich, für die Bierfahrer in der Eilenburger Meß-
nerische Brauerei Sternburg-Büschena, eine Lohn-
zulage von zwei Mark pro Woche herauszuholen. Die
Forderung unserer Kollegen Kollatlicher an die Eilen-
burger Kaufleute, die in Zukunft beim Empfang von
Waren, wenn solche über Treppen transportiert wer-
den müssen, für eine Treppe 5 Pfg. und für zwei
Treppen 10 Pfg. pro Kollt zahlen sollen, wartet noch
ihrer Erledigung.

Wurzen, so herrlich im Muldental gelegen,
will trotz aller Aufklärungsarbeit nicht so aufblühen
als wie es sein sollte. Hier scheint es die Mühe zu
sein, die einen Teil der Kollegen noch von der Or-
ganisation fernhält. Denn rückwärtslos hat der Unter-
nehmer Kümmert einige organisierte Kollegen ge-
regelt, diese jedem Recht und Gesetz spürte jeder Eitel-
keit und Moral hohnsprechende Handlungsweise sollte die
Organisierung unserer Kollegen, trotzdem im Betriebe
nebenbei bemerkt recht nach Modorluft duftende Aus-
stände vorhanden sind, unmöglich machen. Die Not,
sowie die traurigen Verhältnisse, unter denen die Kol-
legenchaft noch in Wurzen zu leiden hat, werden es
sein, die die mit der Hungerpeitsche eingeschüchternen
Transportarbeiter auf den Weg zur Organisation
treiben.

In Grimma glauben unsere Funktionäre, daß
es die Zufriedenheit ist, die einem Teil der Kollegen
den Anstoß an die Organisation verbietet. Dieses
schöne Wort Zufriedenheit ist aber in Wirk-
lichkeit für die Kollegen und ihre Angehörigen ein
Gift, denn der Kollege, der dieses Gift, die Zufrie-
denheit geißt, hat keinen Sinn mehr für die Er-
rungenschaften der Kulturmenschen, für die Hebung
seiner Klasse, für die Fortschritte seines Berufs. Ihm
fehlt jedes Verständnis für seine Organisation. Der-
artige Kollegen verblühen und sinken zum bloßen Ar-
beitsknecht herab, das außer der Arbeit, die es zu ver-
richten hat, nur noch die primitivsten Genüsse und
Lebensgenüsse seines Geschlechts kennt. Von jeder

hat man die Zufriedenheit die Mutter des Rückschritts und die Unzufriedenheit die Mutter des Fortschritts genannt. Die Unzufriedenheit, sie ist der dunkle Naturtrieb, der die tiefsten Schichten gewaltig nach oben drängt und die von schwerer Arbeit und Entbehrung entnerzten Klassen mit neuem, lebenskräftigen Mut durchseht. Der Arbeiter muß unzufrieden sein, d. h., er muß die Ungerechtigkeit, die ihn und seine Vermögensgenossen zum ständigen Entbehren verurteilt, fühlen und empfinden, dann wird er auch den Zweck und Nutzen der Organisation begreifen und den Mut und die Kraft finden, sich derselben anzuschließen.

Auch in Liebertowitz ist das Organisationsverhältnis im verflossenen Jahre besser geworden. Geschlossene Betriebe sind in diesem Orte wenig vorhanden, die meisten organisierten Kollegen haben ihre Arbeitsstelle in Leipzig, trotzdem könnte der Versammlungsbefuch aber ein besserer sein.

St. h. a. mit seinen herrlichen Obstkulturen ist zwar stabil geblieben, doch läßt die Weiterentwicklung zu wünschen übrig. Vielleicht bietet das nächste Jahr Zeit und Gelegenheit, den dort agitatorisch tätigen Kollegen hilfreich zur Hand gehen zu können.

In Zwenkau ist es die unnütze Steuerpolitik des deutschen Reichstags, die hemmend in die Weiterentwicklung unserer Organisation eingreift. Durch die Erhöhung der Braupreise ist auch der Umsatz der Dampfbräuerei Zwenkau zurückgegangen, so daß Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden. Kollegen, die sieben bis acht Jahre in diesem Betriebe tätig waren, mußten ausscheiden oder wurden entlassen. Unerwähnt wollen wir nicht lassen, daß auch diesmal die Verwaltung des Konsumvereins Zwenkau, den Lohn- und Arbeitsvertrag für Genossenschaften anerkannt hat.

Auch in Martrastadt hat unsere Organisation an Mitgliedern zugenommen, nur läßt hier der Versammlungsbefuch recht zu wünschen übrig. Die in der Agitation und Aufklärungsarbeit schaffenden Kollegen sind wohl, weil auch viel auf politischem Gebiete tätig, etwas zu sehr überanstrengt.

Schleuditz hat sich in diesem Jahre sehr gut entwickelt, und wird dieser Ort voraussichtlich derjenige von denen rings um Leipzig sein, wo die Kollegen in nächster Zeit wirtschaftliche Kämpfe zu führen haben. Es muß Aufgabe der Schleuditzer Kollegen sein, die wenigen Unorganisierten heranzuholen, damit die Organisation eine vollständig geschlossene ist.

In Crostitz beklagen wir im vorigen Jahre die Interessenlosigkeit der dortigen Bierfahrer, die heute leider noch nicht nachgelassen hat. Der Braubaron in Crostitz hat in diesem Jahre die Entlohnung seiner Bierfahrer geändert, aber wie es scheint, hierbei die Dinge verbößert anstatt verbessert. Früher gab es 45 Prozent, jetzt Monatslohn. Bei dem Prozentlohn fehlte uns der Einblick, den Kollegen sagen zu können, um wieviel verdienter Lohn sie sich und ihre Familien, als unorganisierte Berufsangehörige pro Woche brachten. Bei dem letzten Monatslohn haben wir festgestellt, daß die Crostitzer Bierfahrer pro Mann und Woche 4 Mk. weniger erhalten, als was sie laut Tarif zu beanspruchen haben. Bei diesen Kollegen könnte man die Hoffnung bald aufgeben, denn sie rechnen wie die Bürger in Schilda. 40 Pfg. Verbandsbeiträge pro Woche gespart, ist gleich der Familie 4 Mk. pro Woche vom Tische genommen, bleibt bei 7 Fahrern pro Woche für den Unternehmer übrig 7 mal 4 sind 28 Mk. an Löhnen.

Das ist in 52 Wochen oder in einem Jahre 1456 Mark Extraprofit für den Unternehmer. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Wert der Arbeiter selbst sein, und so ist denn auch in allen diesen Orten der Kollegenschaft die Gelegenheit und die Möglichkeit gegeben, sich so zusammenzuschließen, daß sie dem Unternehmertum bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und somit eine bessere Zukunft abringen können, wenn sie es nur ernstlich will.

Es winkt das Ziel, der Weg ist offen, nur vorwärts, Brüder in den Streit! Rufft laut hinaus in alle Winde: Wir kämpfen für Gerechtigkeit!

Die Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1908.

Dem Reichstage ist soeben zugegangen die Nachweisung über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrate zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1908 nebst Vorbemerkungen.

Danach sind im Jahre 1908 139 789 Renten festgesetzt worden gegen 184 560 im Vorjahre. Das ist durch die Zunahme in der Zahl der Lohnarbeiter, also auch der Versicherten, erklärlich. Wir haben auch fernerhin auf eine Zunahme in der Zahl der festgesetzten Renten zu rechnen. Die Gesamtausgabe für Renten ist von 147,6 Millionen Mk. im Vorjahre auf 162,7 Millionen Mk. gestiegen. Von den festgesetzten Renten bilden den größten Teil die Invalidenrenten. Es sind nämlich 118 852 Invalidenrenten bewilligt worden gegen 112 220 im Vorjahre. Viel geringer ist die Zahl der bewilligten Krankenrenten: 11 951 gegen 11 527 im Vorjahre. An letzter Stelle kommen die bewilligten Altersrenten: 10 986 gegen 10 818. Die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Altersrenten ist verhältnismäßig sehr gering. Ob das nicht als ein Zeugnis dafür angesehen werden muß, daß die Arbeit der Lohnarbeiter immer aufreibender wird, und daß daher ein immer kleiner werdender Teil der Arbeiter bis ins fleißigste Lebensjahr hinein arbeitsfähig bleibt? Hierüber geben uns die Vorbemerkungen zu der Nachweisung keine Auskunft. Hervorzuheben ist aber noch, daß die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invalidenrenten verhältnismäßig ebenso groß ist, wie die Zunahme in der Zahl der

festgesetzten Krankenrenten. Früher war das Verhältnis nicht so gleichmäßig, sondern die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invaliditätsrenten war auffallend gering im Vergleich mit der Zunahme in der Zahl der festgesetzten Krankenrenten. Damals hörte man oft Klagen darüber, daß die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten sehr geneigt seien, sich für Krankenrenten statt Invalidenrenten zu erklären. Krankenrenten sollen bekanntlich bei vorübergehender Invalidität und Invalidenrenten bei dauernder Invalidität bewilligt werden. Für die Arbeiter kommt jedoch besonders der wichtige Unterschied in Betracht, daß die Invalidenrente von dem Zeitpunkt ab bezahlt wird, da die dauernde Invalidität festgestellt worden ist, während die Krankenrente erst nach Ablauf von 26 Wochen — vom Beginn der vorübergehenden Invalidität — zur Auszahlung gelangt. Die Ärzte haben aber nicht immer die Möglichkeit, mit voller Bestimmtheit zu erkennen, ob die Invalidität eines Arbeiters dauernd oder vorübergehend sein wird. Hier spricht naturgemäß die Vermutung des Arztes sehr mit. Deshalb läßt eine auffallend große Zunahme in der Zahl der bewilligten Krankenrenten darauf schließen, daß die Ärzte geneigt sind, die Invalidität der Arbeiter als eine vorübergehende aufzufassen. Es ist erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Ärzte jetzt — wie es nach den angeführten Zahlen den Anschein hat — von dem für die invaliden Arbeiter nachteiligen Vorurteil abgekommen sind.

Die Beiträge mußten in 188 705 Fällen zurückgestellt werden, gegen 188 567 Fälle im Vorjahre. Davon kamen 151 342 auf Heiratsfälle, gegen 152 487 im Vorjahre. Also ein Rückgang. Dieser ist auf zwei Umstände zurückzuführen. In erster Linie wird erfreulicherweise die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen größer, die darüber aufgeklärt sind, daß sie klüger tun, sich nach der Hochzeit die Beiträge der jungen Frau nicht zurückzahlen zu lassen, sondern die Versicherung fortzusetzen. Außerdem mag im letzten Jahre unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Heiratsfälle unter den versicherten Arbeiterinnen etwas geringer als im Vorjahre gewesen sein. — Früher wurden die Beiträge infolge 86 776 Todesfälle zurückgezahlt, gegen 85 464 im Vorjahre, und infolge 587 Unfälle, gegen 616 im Vorjahre. Die letzte Zahl ist, absolut genommen, so gering, daß auf ihre Größe zufällige Umstände von entscheidendem Einfluß sein könnten.

Ueber das Alter, in dem die Arbeiter invalid geworden sind, gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Von je 1000 hinzugekommenen Rentenempfängern waren	im Alter von	Invalidenrente	Krankenrente
20 bis 24 Jahre		27	82
25 " 29 "		45	180
30 " 34 "		47	125
35 " 39 "		48	121
40 " 44 "		53	117
45 " 49 "		70	121
50 " 54 "		98	118
55 " 59 "		137	108
60 " 64 "		188	61
65 " 69 "		188	16
70 und mehr		109	1

Im Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist der Satz der ersten Altersklasse etwas geringer geworden. Dies ist um so erfreulicher, weil auch schon im Jahre 1907 im Vergleich mit dem Jahre 1906 ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Zahlen für die Jahre 1908 bis zurück zum Jahre 1906 sind: bei den Invalidenrentnern: 27, 29, 30, bei den Altersrentnern: 82, 84, 86. Im übrigen ist die Verschiebung der Zahlen von einem Jahre zum andern nicht groß.

Zu beachten ist aber, daß dort schon eine erschrecklich große Zahl von Arbeitern in ganz jungen Jahren sowie von Familienvätern in den besten Jahren Invaliden werden. Von den neu hinzugekommenen Invalidenrentnern waren nicht weniger als 84 029 unter 50 Jahren und von den neu hinzugekommenen Krankenrentnern waren 8502, also mehr als $\frac{1}{10}$, unter 50 Jahren. Das ist geradezu eine unnatürliche Erscheinung, die nur durch die rückstuflose Ausbeutung der jungen Arbeiter zu erklären ist. Sie sollte uns eine Mahnung sein, alles zu tun, um einen besseren Schutz der Arbeiter vor den Gefahren ihrer Arbeit für Gesundheit und Leben zu erlangen. — Bis zu den Altersklassen 55 bis 59 Jahre ist die Steigerung der Sätze für die Invalidenrentner viel geringer als von dieser Altersklasse ab. Dies beweist, daß die Arbeiter in der Regel längstens bis zum 55. Jahre noch einigermaßen leistungsfähig bleiben. Deshalb müßte eigentlich die Altersrente von diesem Jahre ab gewährt werden.

Die Höhe der Renten ist nur ganz minimal gestiegen. Es stellte sich der Durchschnittsbetrag der Invalidenrente auf 170,31 Mk. pro Jahr = 47 Pfg. pro Tag der Krankenrente " 169,96 " " " = 46 " " " der Altersrente " 163,15 " " " = 45 " " "

Daß in unserem Zeitalter die invaliden Arbeiter noch mit solchen Beträgen abgefunden werden, ist eine Schmach und Schande.

Zur Durchführung des Heilverfahrens wurden fast 31 Millionen Mark ausgegeben, gegen 17,8 Millionen im Vorjahre. Diese Steigerung ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis viel zu gering. Noch immer gibt es viel zu viele Arbeiter, denen nicht oder zu spät die Möglichkeit geboten wird, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. — Zu den Kosten des Heilverfahrens sind von anderer Seite 4,6 Millionen zugeschossen, und zwar am meisten von den Krankenkassen: 4,26 Millionen. Die Unfallversicherung leistet auch hier nur sehr wenig. Ihr Zuschuß beträgt nur 17 819 Mark.

Den Angehörigen der Versicherten, die sich einem Heilverfahren unterzogen hatten, wurde 1,57 Millionen Mark als gesetzlich vorgeschriebene Mindestunterstützung ausgezahlt, gegen 1,27 Millionen im Vorjahre.

Für Invalidenhausepflege sind 820 932,86 Mk. ausgegeben worden, gegen 658 987,20 Mk. im Vorjahre.

23 Invalidenversicherungsanstalten oder Kasseneinrichtungen haben eine Invalidenhausepflege durchgeführt, gegen 20 im Vorjahre. Mithin leisten noch viele Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen auf diesem Gebiete gar

nichts. Ein Teil der Ausgaben sind aber namentlich durch Einbehaltung der Renten der verpflegten Personen ersetzt worden, so daß sich der reine Zuschuß der Invalidenversicherung auf 548 591,76 Mk. stellt, gegen 443 983,48 Mk. im Vorjahre. Auch hier eine viel zu geringe Steigerung.

Schließlich sind noch die außerordentlichen Leistungen zu erwähnen. Das sind die über den im Gesetz vorgeschriebenen Mindestbetrag hinausgehenden Leistungen für Angehörige solcher Versicherten, die in Heilbehandlung genommen sind. Hierfür wurden 1 105 223,94 Mk. ausgegeben, gegen 812 885,98 Mk. im Vorjahre. Hier müßte noch viel mehr geleistet werden.

Im ganzen ist nur eine ganz ungenügende Vergrößerung der Leistungen eingetreten. Die Invalidenversicherung krankt eben an zwei schweren Mängeln: die Verwaltung ist zu bürokratisch, und es stehen ihr zu wenig Mittel zur Verfügung. Diese Mängel sollten bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

Arbeiterinnen wahret Eure Rechte!

Vom 1. Januar 1910 ab tritt die Novelle zur Gewerbeordnung in Kraft, die für Arbeiterinnen veränderte Bestimmungen inbezug auf die Arbeitszeit enthält. Es gelten auch von diesem Tage ab die Bestimmungen der Gewerbeordnung in der Regel für alle Betriebe, in denen mindestens 10 Personen beschäftigt sind.

Immer mußte bisher schon über Verstöße über die Schutzbestimmungen berichtet werden. Nach Inkrafttreten der Novelle wird sich die Zahl der Uebertretungen sicher steigern. Vieles kommt aber nicht zur Kenntnis der Gewerbeaufsicht. Die Zahl der Beamten reicht nicht aus, um eingehende Revisionen aller Betriebe vornehmen zu können; es ist auch bei einer Revision oftmals nicht möglich, die vorhandenen Mängel festzustellen. Persönlich aber ihre Beschwerden den Gewerbeaufsichtsbeamten zu unterbreiten, dazu finden namentlich die Arbeiterinnen aus verschiedenen Gründen nur sehr selten den Mut.

Um nun alle Schranken aus dem Wege zu räumen, die der Beseitigung von Mißständen in den Betrieben durch direktes Eingreifen der Gewerbeinspektion entgegenstehen, werden für die in Berlin und Umgegend wohnenden und beschäftigten Arbeiterinnen an folgenden Orten Sprechstunden abgehalten, wo den Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben ist, ihre Beschwerden einer weiblichen Person vorzutragen zu können. Die Beschwerdeführerinnen laufen hierbei keine Gefahr, aus der Arbeit entlassen zu werden, da ihre Namen streng geheim gehalten werden.

Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften, Engelauer 15, IV. Sprechstunden täglich von 9—5, Donnerstags bis 8 Uhr.

Bureau der sozialdem. Frauen, Lindenstr. 3, Hof IV. Sprechstunden täglich von 9—4 Uhr.

In der Hauptsache kommen für Arbeiterinnen folgende Bestimmungen in Frage:

Die Beschäftigungsdauer für Arbeiterinnen über 16 Jahren darf die Zeit von 10 Stunden täglich und an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen von 8 Stunden nicht übersteigen. Sie darf nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und muß um 3 Uhr abends (an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen um 5 Uhr) beendet sein. Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden zu gewähren (§ 237).

Vorstehende Bestimmungen gelten für Arbeiterinnen, die in Betriebswerkstätten der Tabakindustrie beschäftigt sind auch dann, wenn in den Betrieben weniger als 10 Personen arbeiten (§ 154).

Arbeiterinnen unter 16 Jahren ist bei einer längeren als 8stündigen Arbeitszeit außer einer einstufigen Mittagspause (die auch den Arbeiterinnen über 16 Jahren zu gewähren ist) je eine halbstündige Frühstückspause und Vesperpause zu gewähren (§§ 135 und 136).

Während der Dauer bis zu 50 Tagen im Jahre können auf besonderen Antrag des Unternehmers bei der vorgelegten Behörde Arbeiterinnen länger als 10 Stunden täglich, und zwar bis zu 12 Stunden, beschäftigt werden (§ 138 a).

Der Bundesrat kann außerdem für besondere Gewerbe (Saisongewerbe) von den allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigungsdauer der Arbeiterinnen abweichende Bestimmungen erlassen (§ 139, Ziffer 4). Nach behördlicher Genehmigung sind ferner Abweichungen bei Unglücksfällen oder Naturereignissen möglich (§ 139).

Für die Tage, an denen Arbeiterinnen während der Dauer der gesetzlich zulässigen Zeit beschäftigt worden sind, ist das Mitgeben von Arbeit nach Hause verboten. Es ist nur für die Tage gestattet, an denen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in den Betrieben kürzere Zeit beschäftigt waren. Die Zeit für die nach Feierabend zu verrichtende Arbeit darf in Verbindung mit der im Betriebe zugebrachten die Dauer von 10 Stunden täglich und an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen 8 Stunden nicht übersteigen (§ 137 a).

Die gesetzliche Kündigungsfrist ist eine 14tägige. Sie kann durch besondere Abmachungen verkürzt oder gänzlich ausgeschaltet werden. Die Bestimmungen müssen aber für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen Fällen die gleichen sein (§ 122).

Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind: Unfittliches Betragen des Unternehmers und Stellvertreter, Fälschungen und grobe Beleidigungen, unregelmäßige Entlohnung; bei Unforbarkeit nicht genügende Beschäftigung (§ 124).

Den Arbeiterinnen ist beim Aufhören auf Verlangen ein Zeugnis über Beschäftigungsdauer und Art der Beschäftigung zu verabschieden. Bemerkungen, die eine Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben

können, dürfen auf dem Zeugnis nicht gemacht werden (§ 113).

Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebühren sind in den Arbeitsordnungen, die für Betriebe mit mindestens 20 Personen erlassen werden müssen und sichtbar in den Arbeitsräumen auszuhängen sind, bekanntzugeben. Die Strafen müssen ohne Verzug den Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden (§ 134 a bis 134 g).

Arbeitsräume und Maschinen sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Die Räume müssen ausreichend ventiliert sein.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein. Ebenso ist für genügende Aborte zu sorgen, die so eingerichtet werden müssen, daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann (§ 120 a bis 120 e).

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Ein englischer Pfarrer über die ideale Genossenschaft. Am 20. November hielt gelegentlich des jährlichen Teabends des Konsumvereins Fairbairn, der 10 000 Mitglieder und 5 296 820 Mt. Umsatz aufweist, Pfarrer J. Morley-Mills eine Festrede, in der er über die ideale Genossenschaft nach den "Cooperative News" vom 27. November ausführte:

Vergessen wir nie, daß an der Wiege der Genossenschaftsbewegung der Hunger stand. Die Hochdaler Pioniere gründeten ihre Genossenschaft in der Hauptsache nicht so sehr, um das individualistische Wirtschaftssystem zu beseitigen, als vielmehr zu dem Zwecke, beim Einkauf ihrer notwendigen täglichen Bedarfsartikel Ersparnisse zu erzielen. Aber sie hatten nicht nur Ideen, sondern auch Ideale. Sie gingen bis zum letzten Grunde der Armut hinunter und stiegen zu allgemeinem Wohlstande auf. Und die Genossenschaftler von heute? Ihre Grundsätze sind gesund, ihre Geschäftsmethoden fruchtbar; ihre Ideen groß und begeistert; ihre in Distribution und Produktion herrschenden Grundsätze entsprechen der Gerechtigkeit; ihre wirtschaftlichen Unternehmungen beruhen auf Selbsthilfe und ihre Erfolge auf Ausdauer; sie wollen den Frieden, nicht den Krieg. Die Genossenschaftler in Fairbairn feiern heute ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Zukünftig müssen sie verhältnismäßig größere ökonomische und moralische Fortschritte machen als in der Vergangenheit, nicht nur mehr für die Ausbreitung der genossenschaftlichen Grundsätze eintreten, sondern auch eine Macht für Gerechtigkeit werden. Seit den Tagen der Hochdaler Pioniere hat sich hinsichtlich der größten Probleme der Genossenschaft ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen. Die Arbeiterklasse hat sich heute politisch organisiert, und der Strom der sozialen Bestrebungen stürzt sich auf manches hindernde Privilegium, Monopol und Gesetz. Das Problem von heute, obgleich in der Hauptsache wie vor fünfzig Jahren, ist nichtsdestoweniger in seiner Strategie verschieden. Die Pioniere besaßen außer ihren Idealen fast nichts. Sie hatten tatsächlich nichts zu verlieren; heute ist es anders. Die Frage ist ob die Genossenschaftler aus Furcht, etwas zu verlieren, sich auf ihre "Dividende" versteifen und den Fortschritt andern überlassen wollen. Wenn sie das tun, dann wird man nach fünfzig Jahren kein Genossenschaftsjubiläum feiern, sondern zu einem Genossenschaftsbegräbnis eine Trauerode singen. Keine Bewegung, welche die Volkswirtschaft auf ihre Fahne geschrieben hat, sei es die christliche Kirche oder die Genossenschaftsbewegung, kann sich heute außerhalb der Emanzipationsbestrebungen dieser neuen Zeit stellen. Die genossenschaftlichen Ideale sind auf höhere Ziele als auf die bloße Erzielung von Ersparnissen gerichtet, und der sich selbst von dieser größeren Hoffnung abschließende Genossenschaftler ist bestenfalls nur ein auf sich selbst gestellter privater Kapitalist. Eine Genossenschaftsbewegung, die ihre Ideale auf gleiche einem toten Planeten, der von der Sonne kein Licht und Leben mehr erhält. Deshalb trete er (J. Morley Mills) nicht so sehr für Genossenschaftsideale als für eine ideale Genossenschaftsbewegung ein. Das ist zur Stunde die wichtigste Forderung. Wäre jeder Genossenschaftler ein idealer Genossenschaftler gewesen, dann hätte die Genossenschaftsbewegung das Problem der Armut gelöst und sich die Bewunderung der ganzen Welt errungen. Aber die Genossenschaftler sind Menschen, nicht Engel. Sie machen eine Entwicklung durch, die nicht von oben nach abwärts, sondern sie beginnen von Grund auf zu bauen. Es gibt sehr viele Leute, die, wenn sie ein Stück vorwärts gekommen sind, ausruhen und auf jeder kleinen Anhöhe sich eine Hütte bauen wollen. Die höheren Ideale reinigen den Geist von Egoismus und feuern zu immer neuen Anstrengungen zur Besserung an. Das Ideal der Befreiung der Armut, nicht nur für wenige, sondern für alle, sei den Genossenschaftlern stets vor Augen. Keiner von ihnen ist solange vor Armut sicher, als es nicht auch die große Masse des Volkes ist. Ungehener groß ist das Problem der Armut, aber unermeßlich das Ideal der Genossenschaft. Noch kein Genie hat weder das eine noch das andere ganz zu erfassen vermocht. Aber wie groß auch ein Problem sei, es hat stets ein kürzeres Ende, und als das kürzere Ende des Problems der Armut betrachte er die Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumentenorganisation und die Sozialreform. In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau schreibt Professor Dr. J. J. Schär, Berlin: Das Endziel der Konsumgenossenschaft liegt in der Bildung einer Wirtschaftsgemeinde, in welcher die

Produktion der Bedarfsgüter in den Dienst der Konsumtion gestellt wird und die Verteilung der Güter nach dem Prinzip der Gerechtigkeit stattfindet. Die unregelmäßige (anarchistische) Produktion soll in eine organisierte, d. h. dem Bedarf der Wirtschaftsgemeinde angepasste, die arbeitsfreien Einkommen von Grundrente, Zins und Unternehmergewinn sollen in Arbeitsentgelt umgewandelt werden.

Wir haben von der individualistisch-kapitalistischen Gestaltung des Wirtschaftslebens zu lernen, wie der ungemessene Reichtum an Bedarfsgütern auf die rationellste Art erzeugt, wie durch die zweckmäßigste Verbindung von Natur, Arbeit und Kapital die höchste Produktivität erreicht wird, und wie der Antriebe zur höchsten wirtschaftlichen Kräfteentfaltung durch die freie Konkurrenz erhalten bzw. gekräftigt und gefördert werden kann. Reichtum erzeugen, ist das wirtschaftliche Problem.

Andererseits ist es die Aufgabe des Staates und der freien gesellschaftlichen Bestrebungen, den sozialen Missständen, welche die kapitalistische Produktionsweise und die freie Konkurrenz notorisch zeitigt haben, zu begegnen; unter Beibehaltung der persönlichen Freiheit und der individualistischen Gestaltungskraft den Weg zu finden, wie der Reichtum an Natur- und Industrieerzeugnissen befruchtend und beglückend in alle Spanne der sozialen Gliederung geleitet und jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen eine auskömmliche Existenz mit dem gerechten Anteil an Lebensgenuß und Lebensglück gesichert werden kann; den Reichtum gerecht zu verteilen, das ist das soziale Problem. Der Reichtum soll nicht dazu mißbraucht werden, daß nur einzelne wenige ihn sich aneignen, in dessen große Massen des Volkes in Armut und Elend unkommen; sondern der Reichtum soll gesellschaftlichen Funktionen annehmen und dadurch nicht nur die Armut mindern und aufheben, sondern durch die Förderung und Mehrung der Konsumkraft auch die Produktionskraft mehren. Der Reichtum soll Segen stiften und neuen Reichtum erzeugen.

Wie kann das Problem gelöst werden? Die soziale Reform muß mit der Organisation der Konsumvereine beginnen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Jeder Mensch ist Konsument; indem man also die Konsumkraft zum Ausgangspunkt der Vereinigung, des Zusammenschlusses, der Organisation macht, gewinnt man die breiteste Basis. Wir schaffen dadurch eine Wirtschaftsgemeinde, welcher alle Glieder kraft ihrer elementarsten Bedürfnisse angehören können. Die Qualität zur Mitgliedschaft bringt jedes Kind mit auf die Welt; jeder Mensch ist Konsument von der Wiege bis zum Grabe; sein Anschluß und seine Zugehörigkeit zur Wirtschaftsgenossenschaft der Konsumenten ist dokumentiert durch sein Dasein, durch die im Stoffwechsel begründeten Lebensfunktionen. Kein anderes Band, selbst nicht das familiäre oder staatliche, ist so fest und unlösbar, wie das durch die Konsumgenossenschaft gegebene.
2. Aus diesem Grunde liegt auch in der Konsumentenorganisation die höchste wirtschaftlich-soziale Macht; sie ist stärker als alle Ringe und Trufte der Welt, wenn sie zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangt und national und international organisiert wird.
3. Naturgemäß schließen sich der Organisation der Konsumenten zunächst in zahlreichster Vertretung nur diejenigen an, die, in ihrer Lebenshaltung eingeschränkt, mit Not und Entbehrung zu kämpfen haben; die benötigt sind, ihr Einkommen in sparfamster Weise zur Erwerbung von Bedarfsgütern zu verwenden. Die Organisation der Konsumenten gestaltet sich daher zu einem Werke der sozialen Selbsthilfe der Arbeiter und der übrigen Angehörigen der unteren und mittleren Stände; wer hier tätigen Anteil nimmt, wird zum Mitarbeiter im Kampfe gegen Not, Elend, Entbehrung, er verrichtet ein menschenfreundliches Werk, das infolge des Charakters der Selbsthilfe viel höher anzuschlagen ist als alle Formen der Mildtätigkeit, ja selbst der Mitarbeit an der Politik. Dem alten Sprichwort: "Armut kann die Armut am besten erziehen!" setzen wir den Gebanken gegenüber: "Weder Staatskunst noch Mildtätigkeit vermögen das darben- und nothleidende Volk dauernd auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung zu führen; nur die aus der Selbsthilfe herausgewachsenen wirtschaftlichen, intellektuellen und moralischen Kräfte erkämpfen sich neue und bessere Lebensbedingungen; Selbsthilfe ist aber dem Schwachen nur möglich im genossenschaftlichen Zusammenschluß; sein größter und wertvollster Einsatz in die Genossenschaft ist seine Konsumkraft. Der einzelfühende Konsument schenkt seine Konsumkraft weg; der organisierte Konsument begründet mittels derselben seine Wohlfahrt."

Wirtschaftliche Rundschau

Die deutsche Seefischerei im Jahre 1909. Die Frage der Subventionierung der deutschen Seefischerei im Reichstage und wohl noch in höherer Maße das ungewisse Schicksal einer größeren Anzahl von Fischern, die seit der Sturmnacht vom 3. Dezbr. verschollen geblieben sind, hat in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf die deutsche Seefischerei gelenkt. Gegen 30 000 Personen sind zur Zeit in der deutschen Seefischerei tätig und kämpfen im gefährlichen Berufe für die Entwicklung und den Ausbau eines Gewerbegebietes, dessen wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland lange Zeit verkannt worden ist und auch jetzt noch zu geringe Beachtung findet. Das deutsche Staatsleben hat

ein lebhaftes Interesse an dem Bestehen eines tüchtigen Seefischerstandes. Die moderne Entwicklung der Hochseefischerei und der Bau verhältnismäßig harter und schneller Hochseefischdampfer, die im Falle eines Seefrieges der Flotte wertvolle Unterstützung bieten können, wird von der Regierung mit großem Interesse verfolgt. Die in der Stärkung der deutschen Wehrmacht zur See liegenden Vorteile einer Erhaltung und Weiterentwicklung der deutschen Seefischerei haben wohl hauptsächlich die Einstellung von Staatsposten im Reichsamt des Innern für die Subventionierung der deutschen Seefischerei veranlaßt. Die staatliche Unterstützung, die sich hauptsächlich auf Gewährung von Bauprämien für den Bau von Fischereifahrzeugen und auf Beihilfen bei dem Verleuh und zur Erhaltung von Netzen erstreckt, betrug im Jahre 1886 nur 100 000 Mt., in den Jahren 1887-98 bereits 200 000 Mt. und in der Periode 1899-1907 400 000 Mt. Seitdem ist die staatliche Subventionierungssumme auf 300 000 und 350 000 Mt. in den folgenden Jahren zurückgegangen, obgleich die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seefischerei für die Volksernährung gerade in den letzten Jahren immer deutlicher in der Erscheinung getreten ist und auch das Seefischereigewerbe zurzeit mit besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Kenntnis von der Zuträglichkeit und der großen Nahrungstauglichkeit der Fischerei und die Bedeutung des Fischkonsums hat sich nur langsam weiten Kreisen der Bevölkerung mitgeteilt. Die Verteuerung aller Nahrungsmittel, insbesondere die Fleischenteuerung der letzten Jahre in Verbindung mit dem ständigen Hinweis auf den hohen Nährwert des Fischfleisches haben den Konsum von Fischen in Deutschland gewissermaßen als Fleischsurrogat stark gehoben. Das Fischereigewerbe hat durch den Ausbau des raschen Fischtransportes und der Verkaufsorganisation sowie der Konsumindustrie die Vermehrung des Konsums in starker Weise gefördert. Der rasche Versand der Fische ist wegen ihrer leichten Verderblichkeit im Interesse der Volksgesundheit die erste Bedingung für die Ausbreitung des Fischkonsums im Innern Deutschlands gewesen. Durch den Bau besonderer Fischtransportwagen, die eine gute Erhaltung der Fische gewährleisten, ist die Frage des Transportes nach den inländischen Märkten von dem deutschen Seefischereigewerbe gelöst worden. Die Fischkonservenindustrie fördert die Erhaltung der Ware durch Räuchern, Marinieren und Herstellung von Konserven und bereitet aus den Abfällen neben Gewinnung von Tran, Viehutter und Düngemittel für die Landwirtschaft. In der Fischindustrie, beim Fischhandel und durch den Gebrauch an Schiffen und Netzen gibt das Seefischereigewerbe einer großen Menge von Leuten Beschäftigung, sodaß die auch hierdurch bereitete eine gewisse volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt hat. Trotz der Vermehrung des Fischkonsums in Deutschland ist aber die Lage der deutschen Seefischerei noch ungünstig. Der Wert der von deutschen Fischern und von Mannschaften deutscher Schiffe geangenen und in den Jahren 1907 und 1908 an Land gebrachten Fische belief sich auf insgesamt 28,94 und 28,92 Millionen Mt., während die Einfuhr aus fremden Ländern sich auf 96,90 bzw. 80,47 Millionen Mark belief. Im laufenden Jahre betrug zwar in den ersten zehn Monaten der Wert des deutschen Seefischfanges bereits 27,54 gegen 23,39 Millionen Mark im Vorjahre, nichtsweniger aber ist infolge der großen Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Fischmarkt der wirtschaftliche Effekt und der Verdienst im deutschen Seefischereigewerbe niedrig. Die Großbetriebe der Hochseefischerei, die infolge ihrer Kapitalkraft und ihren guten Geschäftsverbindungen, ihre Fangergebnisse relativ günstig abgeben, zeigen ein befriedigendes Bild der Rentabilität. Von 11 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 13,85 Millionen Mark zahlten nur 4 Gesellschaften eine Dividende, und zwar die Emder Heringsfischerei 7 pCt., die Glückstädter Fischerei, die Heringsfischerei "Großer Kurfürst" und die Heringsfischerei "Dollart" je 2 pCt. Die restierenden 7 Gesellschaften zahlten nicht nur keine Dividende, sondern hatten bei ihrem Geschäftsergebnis sogar Verluste aufzuweisen. Die Deutsche Dampffischerei Gesellschaft "Nordsee" hatte im laufenden Jahre einen Verlust von 385 776 Mt., die Norddeutsche Hochseefischerei A.-G., Gesellschaftsstande büßte 129 643 Mt. ein, während mit den nächstgrößten Verlusten von rund je 100 000 Mt. die Westmünder Herings- und Hochseefischerei und die Bremer-Begeisterer Fischerei-Gesellschaft folgten. Auf das gesamte Aktienkapital von 13,85 Millionen Mark der 11 Gesellschaften wurden nur 84 000 Mt. Dividende ausgeschüttet, während das vorjährige Ergebnis mit einer Dividendensumme von 195 000 Mark auch schon äußerst ungünstig war, obgleich nur 2 Gesellschaften mit Verlust gearbeitet hatten. Aus dieser geringen Rentabilität der großen Gesellschaften erhellt wohl am deutlichsten die ungünstige Lage der deutschen Seefischerei, deren Entwicklung bei ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung besondere Aufmerksamkeit verdient.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Italien. Zu Beginn des Jahres 1909 waren in Italien, wie die eben veröffentlichte Jahresstatistik des Reichsarbeitsamtes mittelt, 175 000 Arbeiter in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisiert. Gegenüber dem vorigen Jahre ist ein Rückgang von rund 16 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Der stärkste Zentralverband ist der der Eisenbahner mit 44 961 Mitgliedern; die Arbeiter im Baugewerbe kommen mit 41 732 an zweiter Stelle. In gewaltigem Abstände folgen dann die Buchdrucker mit 12 578, die Textil-

arbeiter mit 11 124, die Arbeiter in Staatsbetrieben mit 9082, die Bäcker mit 8593 und die Metallarbeiter mit 8000 Mitgliedern. Gegen 22 Zentralverbände die zu Beginn des Jahres 1908 bestanden, sind wir im Januar des ablaufenden Jahres deren 23. An dem in der Gesamtziffer der Organisierten angezeigten Rückschritt sind 11 Zentralverbände beteiligt. Die größten Verluste haben die Arbeiter in Staatsbetrieben aufzuweisen, die über 8000 Mitglieder einbüßen; 7700 verlieren die Metallarbeiter, 7100 das Baugewerbe, über 1000 die Holzarbeiter. Diesen Verlusten gegenüber ist aber auch ein Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, der freilich nur bei den Eisenbahnern, die ungefähr 5000 neue Mitglieder gewannen, Bedeutung erlangt. Die zu Beginn des Jahres 1908 noch gar nicht existierende Zentralorganisation der Arbeiter in Schwefelgruben erhöht die Gesamtzahl der in Zentralverbänden Organisierten um beinahe 6000. Im Zeichen zunehmender Mitgliederzahl stehen außer den Eisenbahnern die Goldarbeiter, die Arbeiter der keramischen Gewerbe, die Flaschenarbeiter, die Glasarbeiter, die Gerber, die Bäcker und die Krankenwärter. In geringerem Maße als die Mitgliederzahl gingen die Gesamteinnahmen zurück, nämlich von 583 000 im Jahre 1907 auf 576 000 Lire im Jahre 1908.

Wie bei den meisten italienischen Gewerkschaftsorganisationen ist auch bei den Zentralverbänden, die deren höchste Entwicklungsstufe darstellen, der Jahresbeitrag gering. Dies erklärt sich daraus, daß die italienischen Gewerkschaften nur in Ausnahmefällen Unterstützungszwecke verfolgen, da das Unterstützungswesen in Händen besonderer Hilfsklassen (Società di mutuo soccorso) liegt, die vorwiegend lokalen Charakter haben und meistens viel älter sind als die modernen Kampforganisationen. Der Jahresbeitrag der Zentralverbände, der durch die Sektionen entrichtet wird, variiert von einem Minimum von 50 Cent. bis zu einem Maximum von 48 Lire. Am häufigsten ist eine Jahresquote von 1,80 Lire. Die höchsten Beiträge finden wir bei den Glaskleibern (48 Lire), bei den Lithographen (32 bis 43 Lire), bei den Glasarbeitern (9,60 bis 24 Lire) und bei den Flaschenarbeitern (4,20 bis 12 Lire). Ueber eine eigene Zeitung verfügen 17 Zentralverbände. Einen Arbeitsnachweis besitzen sechs, Reiseunterstützung zahlen fünf, während nur zwei (Nutarbeiter und Glasarbeiter) Arbeitslosenunterstützung gewähren. Ueber die Verteilung der Gesamtausgaben, die sich im Jahre 1908 auf 552 661 Lire beliefen, auf die verschiedenen Wirkungsgebiete und namentlich über die Ausgaben für Streiks berichtet die Statistik nicht. Der aus ihr ersichtliche Rückgang des organischen Bestandes dürfte eine Folge der wirtschaftlichen Krise sein, die sich im Jahre 1908 auch in Italien geltend zu machen anfing.

Der belgische Gewerkschaftskongress, der zu Weihnachten im Volkshaus der Brüsseler Vorstadt St. Gilles abgehalten wurde, war von 210 Delegierten, den Vertretern von 197 Gruppen mit 72 000 zahlenden Mitgliedern, besucht. Die Entwicklung ergibt sich aus nachstehenden Zahlen: 1905 31 181; 1906 42 491; 1907 55 840; 1908 67 418; 1909 71 098. Außerhalb stehen noch die Bergleute des Lütticher Beckens und des Borinage, mit je 10 000, die Gewerkschaften von Berviers mit 15 000 Mitgliedern, die Glasarbeiter. Doch ist Aussicht auf deren Anschluß, namentlich der Bergarbeiter nach Durchführung der durch ihren letzten Kongress eingeleiteten Zentralisationsbewegung, vorhanden. Eine Reihe wichtiger Fragen stand zur Verhandlung.

Im Anschluß an den Bericht des Landessekretärs Bergmans traten Dionce (Buchdrucker) und De Brouwer (Baugewerbe) für energische Tätigkeit zur Heranziehung der neutralen Gewerkschaften ein. Ein dahingehender Antrag wurde, da eine vorherige gründliche Erörterung der Frage nicht stattgefunden hat, von der Tagesordnung abgesetzt. Uebrigens hatte sich am 23. Dezember der endgültige Zusammenschluß der neutralen und der sozialistischen Gewerkschaften in Antwerpen vollzogen, und im geschäftsführenden Ausschuss sind die unabhängigen Verbände durch 2 (von 7) Mitglieder vertreten. Uebrigens sind auch die neutralen Organisationen größtenteils in der Mehrheit sozialistisch. Der wichtigste Gegenstand war die Schaffung einer Zentralkasse für Streiks und Aussperrungen. Seit 18 Jahren diskutiert, kam die Frage diesmal zur Lösung. Mit Rücksicht auf rückständige Organisationen, namentlich die der Bergarbeiter, die zum Teil nichts als Sparkassen sind, wurde beschlossen, die Kasse, die mit dem 1. Januar 1910 ins Leben tritt, für das erste Jahr fakultativ zu machen. Von 1911 an ist die Zugehörigkeit vorgeschrieben. Der Beitrag soll zunächst 5 Centimes monatlich auf das Mitglied betragen. Anspruch auf Unterstützung erhält eine Organisation nach 4- (bei Angriffsstreiks 6-) wöchentlicher Dauer eines Lohnkampfes. Anderen Zwecken darf die Kasse nicht dienen. Der Kongress beschloß weiter, die Aufmerksamkeit der Organisationen auf die Ausbildung der Lehrlinge und die Fachschulen, und trat im Interesse der politischen und sozialen Erziehung des Proletariats für das Abonnement auf die Pariser Presse ein. Auf Antrag der Brüsseler Baumer wurde für den Fall des Berufswechsels die Zugehörigkeit zu der Organisation des neuen Berufs und, nach Ablauf einer Wartezeit, für die noch die Verpflichtung der alten Organisation gelten soll, der Eintritt in alle Rechte der neuen als Regel empfohlen. Ein Streit zwischen Bäckern und Transportarbeitern über die Organisationszugehörigkeit der Brotträger wurde zugunsten der Transportarbeiter entschieden. Von großer Bedeutung war die Stellungnahme zum Schluß der Bäckerarbeiter, über den Dotsch referierte. Er zeigte, daß es sich bei dem Eintreten der Meritalen für Abschaffung der Nachtarbeit und für

Sonntagsruhe, wie es in Frankreich erfolgt ist, nicht nur um Demagogie handle, daß damit auch ein Schlag gegen die Großbäckereien, namentlich der Konsumvereine geplant sei. So liegt der belgischen Kammer in Gesetzesentwurf vor, der diese Vorschriften nur für die Großbetriebe fordert. Er wies hin auf die 35stündige Arbeitszeit, 8 Tage Ferien, Freigabe des 1. Mai, keine Geldstrafen, 1/2 pSt. des Reingewinns, Vertretung im Verwaltungsrat, 300 Fr. Sterbegeld, die sich große Opfer zugunsten ihrer Arbeiter auflegten, und forderte für alle Betriebe, ohne Unterschied des Umfangs: Verbot der Nachtarbeit, Einschränkung der Sonntagsarbeit auf einen halben Tag an jedem zweiten Sonntag, 35stündige Arbeitszeit, nach 2 Jahren Verbot der Werkstätten im Keller und nach 5 Jahren Verbot des Teigtretens mit der Hand. Decool erkannte namens der Bäcker die Leistungen der Konsumbäckereien voll an. Er unterstützte die gestellten Forderungen, wobei er besonders die Befreiung der Nachtarbeit, als das einzige Mittel, die Bäcker zu Menschen zu machen, betonte. Das vorgelegte Programm wurde einstimmig angenommen.

Weitere Beschlüsse betrafen: Geschliche Vertiefung der Frauen- und Jugendarbeit in Fabriken, Regelung der Heimarbeit (Genehmigungspflicht für Betriebsstätten, Gewerbeaufsicht, Lohnschiedsämter); Verbesserung der Arbeiterpensionskassen (mindestens 1 Fr. täglich für Männer und Frauen, ohne Beitragsleistung), Errichtung von Arbeiterwohnungen durch Gemeinden- oder Förderung des Eigenbaues zur Verhinderung der Arbeiterwohnungen. Für eine Revision der Unfallversicherung wurde u. a. gefordert: Erhöhung der Rente von 50 auf 75 pSt.; Berechnung der Rente jugendlicher Arbeiter nach dem Lohn der Erwachsenen ihrer Branche; Gewährung der Rente vom ersten Tage an; Befreiung der privaten Militälen und der Versicherung durch Unternehmerorganisationen; Erhöhung des Sterbegeldes; freie Arztwahl; Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter. Ferner wurde die Schaffung einer Krankenversicherung gefordert. Referent war Abg. Gen. Vind. Die Beratungen, die mit einem stannenden Schlußwort des Vorsitzenden Gen. Hubsmans passend abschlossen, zeigten, daß die belgische Arbeiterbewegung, die auf politischem und genossenschaftlichem Gebiete vielfach mustergültig ist, auch hinsichtlich der Gewerkschaftsorganisation eifrig daran ist, den Vorsprung der Arbeiter anderer Völker einzuholen.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Chauffeurknoten. Dieses Thema ist in unseren Versammlungen wie im "Courier" schon oft behandelt worden. Jetzt scheint es, als ob sich auch die Regierungen und die Stadtverwaltungen dafür interessierten und verschiedene Erwägungen und Sitzungen darüber, ob solche Institute auf städtischer oder staatlicher Grundlage geschaffen werden sollen, haben stattgefunden. Aus dem Bericht des Vereins deutscher Motorfahrzeug-Industriellen ersieht man darüber folgendes:

An der Beratung des Bundesrats bezüglich einheitlicher deutscher Bestimmungen über den Automobilverkehr, die kürzlich im Reichstagsgebäude stattfand, war der Verein beteiligt. Bei der Enquete des Reichsamt des Innern über die Bedeutung der deutschen Automobilindustrie hat der Verein, wie früher, mitgewirkt. Der vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten vorgelegte Kostenanschlag für die Errichtung einer Chauffeurschule in Berlin wurde gebilligt. Die Angelegenheit ruht jedoch, da das Finanzministerium nicht geneigt ist, den größten Teil der Kosten zu übernehmen.

Auch in der Stadtverwaltung Berlin hat sich die Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen mit der Errichtung einer städtischen Fahrschule, in der auch eine Abteilung für Chauffeurlehrlinge errichtet werden soll, befaßt und in allen übrigen Großstädten steht diese Frage auf der Tagesordnung.

Der Hauptpunkt, woran diese behördlichen Projekte scheitern, liegt in der Aufbringung der Mittel. Für offizielle gemeinnützige Institute ist ansehnend kein Geld vorhanden. Der Staat stützt sich hierbei auf die Unternehmer und diese auf den Staat. Das gleiche trifft bei den Stadtverwaltungen zu, trotzdem die Unternehmer den größten Nutzen im Bezug auf erfahrene und tüchtige Fahrer hätten, und die Sicherheit des Verkehrs ganz erheblich gefördert werden könnte. Aus diesem Grunde allein müßten es Staat, Gemeinde und Unternehmertum für ihre Pflicht halten, einzig und allein für die Kosten der Errichtung und Erhaltung solcher Schulen, sowie auch für die gesamte Ausbildung der Chauffeure aufzukommen.

Unter den Arbeitern, die sich schließlich am besten zum Chauffeurberuf eignen, hat nicht jeder die Hunderte von Mark, die ihm unter den heutigen Zuständen in den Privatschulen die Ausbildung kostet. Aus diesem Grunde gehen dem Beruf eine große Anzahl geeigneter Kräfte verloren, und diejenigen, die, um den Chauffeurberuf zu erlernen, ihren letzten Pfennig opfern und aus diesem Grunde zum großen Teil schon aus Mitleid zugelassen werden, eignen sich ein großer Prozentsatz nicht dazu. Diese Erfahrung kann man täglich unter den Berufskollegen machen. Auch von den Besitzern derartiger Chauffeurschulen werden alle Kunststücke aufgeführt und versucht, um die Opfer loszuwerden. Je eher der Lehrling den Fahrschein erhält, desto eher ist wieder Platz für neue Geldgeber, ganz unbestimmt um die Zukunft des neugebackenen "Chausseurs".

Bis heute existiert in Deutschland leider noch keine öffentliche Chauffeurschule. Auch denjenigen, die sich einen staatlichen Anstrich geben, muß man diese Eigenschaft absprechen. Alle bestehen auf privatkapitalistischer Grundlage und dienen nur einzelnen Personen zu geschäftlichen Zwecken, wobei Geld die Hauptsache ist. Dies muß auch von dem jüngst errichteten Autotechnikum des Ingenieurs Jechlin in Charlottenburg gesagt werden, trotzdem diesem eine paritätisch ähnliche Leitung gegeben ist.

Unsere schon seit Jahren bestehende Forderung von Fahr- und Fachschulen mit staatlicher oder städtischer Grundlage wird jetzt auch ernsthaft in den verständigeren Arbeitgeberblättern, wie "Allgemeine Automobil-Zeitung" und "Führer" vertreten. Wir können diese Blätter sich noch nicht für eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung eines solchen Instituts erwärmen. Die praktische Erfahrung aber würde auch diese Fachschriften eines anderen belehren. Die Fahrer sind eben keine Knechte mehr und sind soweit vorgebildet, daß sie bei allen Sachen, die sie betreffen, auch ein Wort mitzureden verlangen. Daß das Mitreden und Mitarbeiten der Chauffeure für die Allgemeinheit sehr gut zu verwerten ist, sollte man schon aus der Tätigkeit der organisierten Arbeiter in den Krankenkassen, Reichsversicherungsamt, Schieds- und Gewerbegerichten ersehen. Und zur Regelung des Verkehrs wesen sind schließlich am allerbesten die Chauffeure mit geeignet, weil sie die praktisch Tätigen sind. Darum sind die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Chauffeure und alle Berufsverwandten für eine staatliche oder städtische Fahr- und Fachschule auf paritätisch geleiteter Grundlage, nicht im Interesse der eigenen Person, sondern der Allgemeinheit.

Berufsfragen der Chauffeure vor dem Abgeordnetenhaus und dem Arbeitsstatistischen Amt in Oesterreich. Wie in Deutschland, so veranlaßten auch in Oesterreich die Automobiliunfälle in übertriebenem Maße eine Beunruhigung des Publikums und einen Ueberdruß der Behörden, worunter dann die Chauffeure als Strafmandatempfänger empfindlich zu leiden hatten. Da auch in unserem Nachbarlande die Ausbildung der Chauffeure in der oberflächlichsten Weise durch private Institute betrieben wird, veranlaßte dies den sozialdemokratischen Abgeordneten Kollegen Forster und Genossen, im Parlament einen Antrag auf Errichtung einer staatlichen Fach- und Fahrschule für das Automobil- und Fahrwesen in Wien zu stellen. Dieser Antrag wurde an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Der Erfolg war, auch auf Grund noch eines anderen Antrages, der sich mit der Arbeitszeit der Chauffeure befaßte, eine Enquete betreffend das Arbeitsverhältnis der Automobilfahrer. Unser österreichisches Bruderorgan, das "Zeitraf", bemerkt dazu:

"Die Enquete betreffend das Arbeitsverhältnis der Automobilfahrer, zu der sich am 2. und 3. Dezember im Arbeitsstatistischen Amt zahlreiche Experten aller Interessenten des Automobils einfinden, befaßte sich mit 13 auf das Arbeitsverhältnis bezughabenden Fragen, die einer ziemlich eingehenden Durchberatung unterzogen wurden. Leider machte sich der bisherige Mangel einer zielbewußten Organisation der Chauffeure dadurch bemerkbar, daß viele der geladenen Arbeitnehmer sich vollständig im Unklaren darüber befanden, welche Grundsätze aufzustellen wären, um das Arbeitsverhältnis der Kraftwagenführer auf absehbare Zeit einer Regelung zuzuführen. Wir werden, da es uns heute der Raum nicht erlaubt, bei anderer Gelegenheit noch auf diese Expectise zurückkommen."

Diese traurige Tatsache kann als ein Erfolg der, der Aufklärung entgegenstrebenden Vereinsmalerie unter den Chauffeuren bezeichnet werden, die leider in Oesterreich wie in Deutschland zur Zeit noch Triumphe feiert und als eine recht bössartige Kinderkrantheit im Chauffeurberuf bezeichnet werden muß. In solchen Vereinen wird die Dummheit und der Dünkel gepflegt und so haben die österreichischen Chauffeure vor dem Arbeitsstatistischen Amt nicht einmal angeben können, wie sie in Zukunft gebenden ihr Arbeitsverhältnis zu regeln. Auch in Deutschland begründeten die Vereinsmalerie ihre Existenz damit, daß Berufsfragen politische Angelegenheiten seien, womit sie sich unter keinen Umständen befassen dürften. Die Zeit wird diesen "Schlaupöppeln" etwas anderes lehren.

Auch mit dem in Oesterreich seit 1908 bestehenden Automobilschuldhaftigkeitsgesetz und den Unfall- und Krankenversicherungsgesetzen der Chauffeure wird in absehbarer Zeit sich das Abgeordnetenhaus auf Antrag Forster und Genossen zu beschäftigen haben. Der Antrag zur Abänderung des Haftpflichtgesetzes enthält u. a. folgenden Passus:

"Von der Haftpflicht als Lenker ist befreit, wer das Kraftfahrzeug in Ausübung seines öffentlichen oder verkehrsmäßigen Dienstes oder einer im öffentlichen Interesse übernommenen Pflicht geführt hat."

Dies ist sehr verständlich und ist es notwendig, daß diese Bestimmung Gesetz wird. Berufschaffere sind Leute ohne jegliches Kapital und fühlen sich schon gestraft genug, wenn ihnen überhaupt ein Unfall passiert. Für derartige Schäden sollten Entschädigungsbeträgen durch Versicherung getroffen werden. Gemütslose Führer werden mit der fortschreitenden Zeit sowieso von selbst mehr verschwinden. Unter besonderen Gesetzescharakteren würden nur die Verurteilten leiden. Diese Erkenntnis scheint den österreichischen Volksvertretern schon nach kaum zweijähriger Bestehen des Haftpflichtgesetzes gekommen zu sein, daher die Abänderungs- und Verbesserungsanträge.

Aus alledem geht aber hervor, daß sich die österreichischen sowie auch die deutschen Chauffeure mehr als bisher mit ihren Berufsfragen zu beschäftigen haben, dazu gehört eine freie, aufklärende und zielbewußte Organisation. Diese besteht in Oesterreich wie auch in Deutschland im Transportarbeiter-Verband, deren Verkehrsabteilungen schon taufende von Chauffeuren angehören. Auch in Deutschland wird das noch nicht ganz in Leben getretene Automobilschuldhaftigkeitsgesetz bald verbesserungsbedürftig werden.

Bierfahrer.

Berlin. Nochmals Eröger und Walke. Der Schreiber des in der "Brauerzeitung" Nr. 50 erschienenen Artikels zu der Verleumdungslage Eröger gegen Walke sucht das Urteil der soust so viel gehaltenen "Klassenjustiz" zu rechtfertigen. Es heißt dort: "In der Einleitung stellten wir bereits fest, daß Eröger nie an die Bestrafung des Beklagten gedacht habe." Für uns zeugt dieser Hinweis davon, daß auch über das Denken eines Erögers etwas an Ge-

richtsstelle festgestellt werden kann. Festgestellt zu werden verdient aber die Ausführungen unseres Rechtsanwalts dem Gerichtsvorstand gegenüber, als dieser die eigentümliche Ansicht vertrat, daß es doch weiter nichts schlußmäßig sei, wenn Arbeitnehmer der Bahnhöfer-Brauerei seitens des Werksbandsangestellten Tröger dem Direktor Seeger gegenüber namhaft gemacht worden seien, weil diese in einer Versammlung die Direktion der Brauerei Bahnhöfer kritisierten. Unser Anwalt vertrat die Ansicht, daß die Namensnennung niemals dazu beitragen könne, das Arbeitsverhältnis der Beteiligten zu verbessern und es hiernach klar auf der Hand liegt, daß die strittige Angelegenheit des Fahrers Wid kontra Bahnhöfer hiermit in Verbindung stehe. Auch der Vertreter und Rechtsbeistand Tröger hatte gegen diese Ansicht nichts einzutwenden. Wenn jedoch vor dieser Feststellung in dem Artikel der „Brauerzeitung“ nichts erwähnt ist, so sind wir es ja gewohnt und kennen die „Objektivität“ dieser Zeitung nach dieser Richtung hin ganz genau, ebenso wie auch aus der charakteristischen Art des Geschriebenen der Artikelschreiber ersichtlich ist. Wenn ferner in diesem Artikel behauptet wird, „es sei eine grobe Unwahrheit, daß Walke die Sache vor ein Schiedsgericht aus Arbeiterkreisen zur Erledigung gebracht haben wollte, wollen wir folgendes bemerken: Nach Aussage Walkes fand am 28. Juni eine Verwaltungsitzung des Brauerverbandes statt, in welcher die Sache verhandelt worden ist. Außer Walke waren in dieser Sitzung auch dessen Arbeitskollegen Tich, Schulze und Laast gegen, welche außerdem auch ihren Austritt aus dem Brauerverband erklärt hatten. Der Austritt wurde den betreffenden Kollegen auch in ihren Mitteilungsblättern bestätigt, jedoch forderte der Brauerverband, daß die Kollegen nicht zum Transportarbeiterverband vertreten dürfen, worüber der letztere allerdings nichts zu bestimmen hatte.

In dieser Sitzung verlangte man von Walke, daß er die beregte Beleidigung gegen Tröger zurückzunehmen solle, wogegen Walke zunächst mit Recht darauf bestand, daß seine Zeugen und zwar die Kollegen Wid und Guß in der Sache vernommen werden sollten, was die Verwaltung kurzer Hand ablehnte. — Auf die Erklärung Tröger, daß, falls Walke die Beleidigung nicht zurücknimmt, er die Sache vor dem Schiedsgericht in Moabit zum Austrag bringen werde, hat Walke in Gegenwart der vorgenannten Kollegen erwidert: „er rate davon ab, nach Moabit zu gehen.“ Zur Erledigung solcher Fragen in modernen Organisationen gibt es Arbeiterschiedsgerichte, und ein solches kann auch hier gebildet werden.“ Und da wagte man es, zu behaupten, der „Courier“ schreibe eine grobe Unwahrheit. Jeder weitere Kommentar dürfte hier als überflüssig betrachtet werden; es kennzeichnet diese Art von neuem die „Wahrheitsliebe“ der „Brauerzeitung“.

Zu der erwähnten Betriebsversammlung der Brauerei Bahnhöfer muß folgendes gesagt werden: Alle Teilnehmer waren der Meinung, daß diese wegen der Entlassung Guß, Mitglied des Brauerverbandes, einberufen war. Erst als man Gelegenheit hatte, einen Vortrag anzuhören, welchen Tröger hielt, wurde man sich klar, daß es sich lediglich um eine Agitationsversammlung handele, und man an leitender Stelle am liebsten gesehen hätte, daß von der Angelegenheit Guß niemand etwas erwähnt. Beweis: Alle Vorschläge sowie Anträge, welche zur Klärung resp. Rückgängigmachung der Kündigung des G. hätten dienen können, wurden von Tröger zurückgewiesen und die Mitglieder mit der Vertagung auf das Einigungsamt gewissermaßen eingeschüfert. Ein Teil der Kollegen, darunter auch der Fahrer Wid, gute Kenner der Vorgänge, sahen in Guß einen Kollegen, der nicht etwa mit dem Kopf durch die Wand wollte, aber stets bei Streitigkeiten gute Ratschläge erteilte und vor allen Dingen die Interessen des Geschäftes genau so wahrte als die der Kollegen.

Eines muß doch gesagt werden: Trozdem Guß stets nur nach dem Arbeiterausschuß-Statut § 12 gehandelt hat, ist er das Opfer eines Ausschiffhabenden namens Seeland geworden, welcher seit dem 29. August 1907 gegen ihn vorgegangen ist. Durch das Verhalten Tröger's hierzu wurde die Kritik direkt heraufgefordert. Wid, dem Mitglied des Transportarbeiterverbandes, mußte ganz selbstverständlich ein ausgesetzt werden. Nun liegen den unschuldigen Florian alle Mittel in Stich und so mußte er dem Direktor Seeger gegenüber die Namen der Kritiker preisgeben.

Aber auch der vielgehaßte Walke mußte noch das Maß voll haben, zu erfahren, daß dem Guß in einer Sitzung, welche am 23. August 1909 stattfand, von dem guten Florian Wapfeifen angeboten worden sind, welches anscheinend zur Klärung seiner Entlassungsangelegenheit dienen sollte. Diese Handlungswelt rief bei Walke erklärlicherweise Empörung hervor und brachte er hierbei den bekannnten Ausdruck. Nicht zu vergessen ist das Lobgespönde, welches dem Fahrer Wid hinter seinem Rücken zuteil geworden sein soll, einer Prüfung zu unterziehen. Wid war nicht lange Jahre, sondern nur zwei Jahre im Arbeiterausschuß tätig und hatte während dieser Zeit die entgegengesetzten Erfahrungen gemacht, was sich auch durch die Unterredung mit Tröger bei dem Zusammentreffen voll bestätigte. Daß Wid aber schon wegen der damaligen Schlantererei gekündigt haben soll, ist nicht wahr, wie dies ja auch bekanntlich vor der Gewerkschaftskommission festgestellt worden ist und nicht vor Gericht. Das ist unser letztes Wort. Die Wahrheit muß doch endlich siegen.

Erklärung. In der von dem Gauleiter des Brauerarbeiter-Verbandes, M. Kippel, Breslau, herausgegebenen „Festschrift“ sind unwahre Darstellungen über das Verhalten unserer hiesigen Organisationsvertreter bei tariflichen Verhandlungen mit den Unternehmern enthalten, trotzdem alle diese Behauptungen schon zu wiederholten Malen von uns zurückgewiesen und widerlegt wurden.

Da ja die Agitationsweise des Brauerarbeiter-Verbandes hinreichend bekannt ist, genügt es, wenn wir diese neuen alten Unwahrheiten hier feststellen.

Die Ortsverwaltung Breslau.

Leipzig. „Der Verbrecher ist der Gesellschaft eigenes Verlangen.“ In dieses Wort wurde man erinnert, als vor dem Landgericht gegen den Geschirrführer Klingenberg verhandelt wurde. Kl. war bei dem Brauereibesitzer Fischer in Sorzig bei Milgeln in Stellung. Er wurde auch mit dem Entlassenen von Rechnungen betraut, aber als sich ein Manko herausstellte, nur noch als Arbeiter beschäftigt. Als er später jedoch wieder Geschirrführer wurde, soll er 1336 Mark unterschlagen haben; um diese Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er auch Rechnungen. Das Gericht verurteilte Kl. zu 8 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust.

Die Strafe erscheint ungewöhnlich hart, wenn man berücksichtigt, daß der geschäftige Brauereibesitzer Fischer dem Arbeiter einen Wochenlohn von 9 Mk. auszahlt. Wie ein Arbeiter mit einem solchen Lohn heute sein Leben fristen soll, ist unerfindlich; er wird, wenn er nicht Hunger leiden will, direkt auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Heuchlerisch verbreihen dann die frommen „Arbeitgeber“ ihre Augen und zernern über die verborgene Arbeiterschaft. Für sie gilt neben dem an der Spitze erwähnten Zitat auch das folgende: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Droschkenführer.

Kassel. Der Feind, den wir am tiefsten hassen — —! Daß der Unverstand bei einem großen Teil unserer Kollegen noch ziemlich stark vertreten ist, können wir tagtäglich an den verschiedensten Beispielen beweisen. Nicht nur, daß wir es mit einer ganzen Anzahl Berufskollegen zu tun haben, denen die Arbeiterorganisationen noch „böhmische Dörfer“ sind, nein, wir haben auch einen Teil Kollegen, die in ihrem verbohrtten Unverstande so weit gehen, ihre eigenen Arbeitskollegen zu denunzieren! Ja, nicht nur ihre eigenen Kollegen, sondern auch andere Arbeiter werden jetzt von diesen „Müstermenschen“ der Polizei denunziert, wenn sie in Ausübung ihres Berufs für die Organisation tätig sind!

Da es uns oftmals nicht möglich ist, Flugblätter und Handzettel durch unsere Vertrauensleute zu verteilen, haben wir uns wiederholt dazu der konfessionierten Dienstmänner bedient. Wie so oft, geschah dies auch vor einiger Zeit, indem ein Dienstmann mit der Verteilung einiger Handzettel beauftragt wurde. Dieser Mann überreichte auch einigen am Bahnhof haltenden Droschkentuschern solche Zettel, ohne daran zu denken, daß es auch schließlich unter diesen Kutschern noch solche gibt, deren Unverstand selbst vor einer Denunziation nicht zurückschreckt! Der Dienstmann, der gegen Bezahlung seiner Instruktion gemäß gehandelt hatte, wurde zur Polizei geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß der Droschkentuschser H. A. Hartmann in der Polizei angezeigt habe, er (der Dienstmann) versuche die Droschkentuschser für den Transportarbeiterverband zu gewinnen und verteilte Zettel für diesen Verband!!! Der Dienstmann war ganz erstaunt, daß man ihm aus der Erfüllung seiner Pflicht einen Vorwurf machen will und wies mit Recht darauf hin, daß er ja jede ihm angebotene Arbeit gegen entsprechende Bezahlung machen müsse, sofern sie nicht mit dem Gesetz kollidiere. Die Polizei sah dann auch wohl die Nichtigkeit dieser von der Dummheit geborenen Denunziation ein und die Sache war für sie erledigt.

Für unsere Kollegen kann und darf diese Angelegenheit nicht so ohne weiteres erledigt sein. Zunächst wird es Pflicht aller organisierten Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß der Unverstand auch bei den Droschkentuschern mehr und mehr verschwindet. Dieses kann am besten erzielt werden, wenn die Kollegen der Organisation zugeführt werden und deshalb müssen wir gemeinsam an der Aufklärung dieser Kollegen arbeiten. Dadurch wird auch dann dem Kutschser Hartmann, welcher, nebenbei bemerkt, die Droschke Nr. 2 fährt, gezeigt werden, daß man sich selbst am meisten schädigt, wenn man, statt für, gegen die Organisation arbeitet!

Zur Charakterisierung des Kutschers Hartmann wollen wir noch bemerken, daß dieser derselbe große Klindimbereins den Mißständen im Berufe entgegenzutreten zu können. Hat doch dieser „Kuchkollege“ in letzter Zeit neben seiner denunziatorischen Tätigkeit auch eine fieberhafte Agitation zur Gründung eines neuen Droschkentuschervereines betrieben. Nun halten wir zwar unsere Kollegen Droschkentuschser für viel zu vernünftig, sich durch den Sirenenfang des Hartmann lockern zu lassen. Aber wir wollen doch nicht verschleiern, daß wir zu warnen, einer Vereinerung irgend welche materielle Opfer zu bringen, deren Grundprinzip die Wiederbelebung der Harmonie ist. Unsere Unternehmern würden sich allerdings freuen, wenn die Droschkentuschser wieder zu ihren alten patriarchalischen Verhältnissen zurückkehren würden. So mancher würde ja gern hin und wieder „ein Käsechen“ auslegen lassen, wenn die Organisation der Kutscher wieder verschwinden würde, aber diesen Gefallen werden ihnen unsere Kollegen nicht tun. Stolz werden die Droschkentuschser sowohl auf die „Spende“ ihrer „Herren“, als auch auf den Verein

des Hartmann verzichten! Die Interessen der Kutscher können ebensowenig durch einen an Großmannsucht leidenden Kollegen, als durch Harmoniebesetze mit dem Unternehmer vertreten werden. Nur durch eine starke, auf disziplinierte Organisation wird es möglich sein, auch für unsere Kollegen Droschkentuschser bessere Verhältnisse zu schaffen.

Deshalb rufen wir allen Kollegen zu: „Laßt Euch nicht durch den Unverstand gewisser Denunzianten betören, schließt Euch samt und sonders dem Verbands an. Dann können wir auch endlich an die Beseitigung der vielen Mißstände im Droschkenfuhrergewerbe gehen, die nur mit und durch die Organisation beseitigt werden können! Jeder Kollege muß es für eine Ehre halten, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, seiner Berufsorganisation, anzugehören, um so für Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu kämpfen.“

Handelssarbeiter.

Berlin. Glas-, Kurzwaren- und Exportbranche. Wiederum ist innerhalb unserer Branche von einer Lohnbewegung zu berichten, die, wenn sie auch nicht alles das gebracht hat, was man sich gewünscht und gefordert, so doch eine gewisse Gewähr bietet, daß nicht die bestehenden Vergünstigungen entzogen werden können.

Im Glas- und Wirtschaftartikelgeschäft P. Kaddag & Co. war es uns bereits im Jahre 1907 gelungen, einen entgegen den in diesem Geschäft früher üblichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen günstigen Lohn tariff abzuschließen. Derselbe hatte Gültigkeit bis zum 19. November 1908. Von Seiten der Firma wurde der Vertrag nicht gekündigt, ebenfalls nahmen wir infolge der gerade in Berlin außerordentlich verberend wirkenden Krise davon Abstand, denselben zu kündigen. So lief er also stillschweigend ein Jahr weiter, bis in diesem Jahr derselbe seitens der Firma gekündigt wurde. Wir glaubten anfänglich, die Firma wolle wieder zu ihrer alten Entlohnungsmethode übergehen, wir hatten uns jedoch getäuscht, vielmehr legte sie den Hausdienern einen dem alten Vertrag gleichlautenden neuen Vertrag vor, den dieselben beraten und unterschrieben der Geschäftsleitung zurückgeben sollten. Wie bemerkt, ist in der neuen Vorlage alles genau so, wie in dem vordem bestandenen Vertrag, außer dem Passus, welcher die Bestimmung über die Entlohnung der unter 24 Jahre alten Kollegen betrifft; man hat ihn einfach weggelassen. Eine Versammlung sämtlicher Kollegen beschätzte sich mit der neuen Vorlage und beauftragte den Arbeiterausschuß, die Wünsche der Kollegen unter 24 Jahre inbezug auf Einbeziehung im Tarif resp. Verbesserung ihrer Löhne der Geschäftsleitung zu unterbreiten und auf Verbesserung zu dringen. Die Geschäftsleitung glaubte jedoch hiervon nicht abgehen zu dürfen und bewilligte nichts außer der Anschaffung einer Hausapotheke, die ja ohnehin vorhanden sein muß.

In einer weiteren Versammlung nahmen die Kollegen dann zu dem Bericht Stellung und beauftragten die Verbandsleitung, mit Herrn Kaddag Rücksprache zu nehmen. Das geschah dann auch und wurde zunächst erreicht, daß drei Kollegen eine sofortige Zulage erhielten. Außerdem wurde erzielt, daß den Kollegen bei verkürzter Tischzeit eine Entschädigung von 75 Pf. gezahlt wird. Von einer Einbeziehung der unter 24 Jahre alten Kollegen im Tarif wollte man jedoch nichts wissen, weil dies angeblich meist solche Kollegen sind, die weniger Branchenkenntnisse haben brauchen und nur mit weniger schweren Arbeiten betraut werden. Außerdem kommen noch andere Verhältnisse in Frage, die nicht erörtert werden brauchen. Alles in allem können die Kollegen immerhin vorläufig zufrieden sein, bei geeigneter Gelegenheit werden wir uns wieder melden und dann selbstverständlich auch die jetzt nicht ganz auf ihre Rechnung gekommenen Kollegen berücksichtigen.

Nachstehend lassen wir den abgeschlossenen Lohn tariff folgen:

Vertrag.

Zwischen der Firma P. Kaddag & Co., Berlin, und den bei ihr beschäftigten Hausdienern ist folgender Vertrag abgeschlossen:

Regelung des Lohnes.

Der Lohn beträgt für Hausdiener über 24 Jahre 24 Mk. pro Woche und steigt mit dem Halbjahr zu Halbjahr um 50 Pf. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 80 Mk.

Regelung der Ueberstunden.

Für Ueberarbeit nach 8 1/2 Uhr abends werden 80 Pf. per Stunde bezahlt, mit Ausnahme der Schaffner; für diese tritt ab 1. Oktober bis 31. März erst nach 9 Uhr abends Bezahlung ein. Dagegen dürfen Schaffner in der Zeit vom 1. April bis 30. September, wenn die Tour erledigt, schon 1/2 Uhr abends das Geschäft verlassen. Vom 1. bis 24. Dezember werden für alle Diener erst nach 9 Uhr abends Ueberstunden bezahlt.

Essenpausen.

Die Mittagspause dauert 2 Stunden, Frühstück und Desser je 15 Minuten. In der Zeit vom 1. bis 24. Dezember werden nur 1 1/2 Stunden Tischzeit gewährt.

Bei verkürzter Tischzeit bekommen die Angestellten 75 Pf. Tischgeld.

Sommerurlaub.

Jeder Hausdiener erhält nach halbjähriger Tätigkeit 3 Arbeitstage Urlaub
 " einjähriger " 6 " "
 " dreijähriger " 9 " "
 " fünfjähriger " 12 " "

Lohnzahlung im Erkrankungsfalle.

Im Erkrankungsfalle erhält jeder Hausdiener, der mindestens 1/2 Jahr beschäftigt war, 1 Woche, " " " 2 Wochen, " " " 4 " "

den vollen Lohn ausbezahlt.

Kündigung.

Jeder Hausdiener hat nach halbjähriger Tätigkeit 1 Woche Kündigung einjähriger " 2 Wochen " zweijähriger " 4 " "

Zur Regelung etwaiger Differenzen wird ein Ausschuss, bestehend aus drei Hausdienern, ernannt.

Die Lohnzahlung erfolgt von Freitag zu Freitag.

Vorstehender Tarif tritt mit dem 1. Dezember 1909 in Kraft und gilt auf die Dauer von zwei Jahren, Er bedarf zwecks Aufhebung oder Abänderung einer Kündigung von drei Monaten. Tritt von keiner Seite eine Kündigung ein, gilt derselbe als auf ein weiteres Jahr für verlängert.

Für die Firma: P. Radbag & Co.

Für die Hausdiener:

Rudolf Bessen. Karl Schünemann. Max Brosche.

Frankfurt a. M. Die Notwendigkeit der Handelsinspektion wird grell beleuchtet durch die Feststellungen, die durch die gemeinsam vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband in Frankfurt a. M. eingesetzte Sachkommission für Handelsangelegenheiten, die ihre Tätigkeit erst Ende November aufgenommen hat, in vier Wochen gemacht worden sind. Die Kommission übte ihre Tätigkeit in acht Kontrollgängen aus, von denen vier Samstag Nacht ausgeführt wurden. Bei diesen Kontrollgängen wurden insgesamt 111 Uebertretungen festgestellt, von denen auf die Uebertretung der Sonntagsruhe 110 und auf die Uebertretung der Mindestruhezeit eine entfielen. Bei 30 Firmen, bei denen 110 Personen arbeitend gesehen wurden, wurde die Uebertretung Samstag nach 12 Uhr abends, also nach Eintritt der Sonntagsruhe, festgestellt, bei 22 Firmen bei Beendigung der an den für den erweiterten Geschäftsbetrieb freigegebenen Sonntagen erlaubten Arbeitszeit; 58 Uebertretungen betrafen Engrosgehilfen und Kontore, für die die Sonntagsarbeit ganz verboten ist und bei denen auch meistens hinter verschlossenen Türen gearbeitet wurde und somit in vielen Fällen die Zahl der tätigen Angestellten und Arbeiter nicht festgestellt werden konnte. In 87 Fällen konnte die Zahl der arbeitenden Personen festgestellt werden. Sie betrug insgesamt 472, wovon 281 Gehilfen, 144 Gehilfen und 47 Arbeiter waren. Sämtliche Firmen wurden entgegenkommenderweise bei der erstmaligen Feststellung vorwarnend, bei mehrmaligem Uebertreten der Polizeibehörde angezeigt. Bisher wurden 18 solcher Anzeigen erstattet. Das Verbot gegen die Nichtinnehaltung der Ruhezeit nur so wenig festgestellt werden konnte, liegt nicht daran, daß sie nicht vorkommen — im Gegenteil, sie sind wahrhaftig zahlreicher als alle anderen Uebertretungen — sondern daran, daß sie einer zweimaligen Kontrolle, sowohl abends beim Geschäftsschluss, als auch morgens beim Beginn der Tätigkeit bedürfen. Da die Kommission festgestellt hat, daß an den drei Sonntagen vor Weihnachten, an denen den offenen Verkaufsstellen der Geschäftsbetrieb während bestimmter Stunden gestattet ist, auch eine erhebliche Anzahl von Engrosgehilfen ihr Personal beschäftigten, richtete sie, nachdem eine mündliche Verhandlung am negativen Ergebnis gezeitigt hatte, eine Eingabe an das Polizeipräsidium, in welchem das Gesuch gestellt wurde, eine bessere Kontrolle der Schutzbestimmungen für das Handelsgewerbe vorzunehmen. Auf diese Eingabe wurde mit keinem Wort geantwortet!

Diese von der Kommission geleistete Arbeit ist mit Freuden zu begrüßen. Durch das von ihr gelieferte Material wird es möglich sein, die Forderung nach Errichtung einer Handelsinspektion mit neuem beweiskräftigem Material zu unterstützen.

Transportarbeiter.

Berlin. In der Branche der Mehlkutscher war es bereits im Jahre 1904 dem Verband gelungen, durch das einmütige Austreten der organisierten Kollegen den Lohn von 27 auf 38 Mk. zu bringen, sowie eine ganze Reihe weiterer Verbesserungen durchzuführen. Die Ergründungen wurden damals durch Tarifabschluss auf zwei Jahre festgelegt. Im Jahre 1906 kam ein neuer Tarif zu Stande, der bis zum Jahre 1908 in Kraft blieb und dann durch Kündigung von Seiten der Unternehmer abließ. Seitdem haben sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mehlkutscher bedeutend verschlechtert. Eine Anzahl kleinerer Unternehmer bieten sich bei der Kundschaft an, das Mehl billiger zu fahren. Dies ist ihnen zumeist nur dadurch möglich, daß sie unorganisierte Kutscher beschäftigen, die zu billigeren Löhnen fahren. Dadurch ist wieder eine unehrliche Stimmung unter den Kollegen entstanden, welche die gewerkschaftliche Ordnung kolossal erschwert. Es gilt nun, die Kollegen aus den kleineren Betrieben für die Organisation zu gewinnen, damit sie mit uns für die Wiederherstellung der früheren Tarifbestimmungen eintreten. Das werden wir jedoch nicht erreichen, wenn wir die Betreffenden mit Verachtung strafen, wie das leider manchmal geschieht, sondern nur durch vernünftige Belehrung.

Ein weiterer Mißstand ist die überaus lange Arbeitszeit, die in dieser Branche üblich ist. Zum Teil tragen hier die unpraktischen Einrichtungen auf den Berliner Speichern die Schuld, die sich voraussichtlich dann bessern werden, wenn der projektierte große Zentralspeicher erbaut ist. Doch muß auch gesagt werden, daß viele Kollegen die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung noch nicht erkannt haben. In der ganzen Welt kämpft die Arbeiterklasse um den Achtstundentag und ist ihm immer näher gekommen; bei den Mehlkutschern ist eine Arbeitszeit von 16 Stunden keine Seltenheit. Welche Ansumme von Lebenskraft und Lebensdauer wird hier vergebend. Wittwen und Waisen trauern oft um den Vater, der ihnen durch Ueberarbeitung zu früh entzogen wurde. Auch sind viele Unfälle auf Ueberarbeitung zurückzuführen, denn abends sind Höfe und Treppen finster und die Last trägt sich unsicher, wenn der Körper angespannt ist. Zu einer vernünftigen Lebensweise gehört nicht nur Arbeit, sondern auch Ruhe, Zeit zum Reinigen des Körpers, Zeit zur Pflege des Familienlebens. Aber

noch ein äußerst triftiger Grund drängt zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Wir haben arbeitslose Kollegen auf der Straße, die auch ein Recht zu leben haben; diese gilt es unterzubringen. Es ist ein Mißstand, wenn die in Arbeit befindlichen Kollegen so große Touren übernehmen, die sie allein nicht schaffen können und sich dann unterwegs einen arbeitslosen Kollegen zur Aushilfe nehmen, der nur einige Stunden dadurch beschäftigt wird. Wenn ein solcher Kollege z. B. einen Unfall erleidet, hat er keinen Anspruch auf Unfallrente. Wird aber die Arbeitszeit geregelt und werden die übermenschlichen Touren, die sich manchmal bis 12 Uhr nachts und länger ausdehnen, abgeschafft, so können die arbeitslosen Kollegen in feste Arbeit gebracht werden. Heute ist der Mehlkutscher der Letzte auf der Straße.

Alles in Allem sind die Lebensverhältnisse immer teurer geworden, aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mehlkutscher sind nach Ablauf des Tarifs verschlechtert worden. Die Bezahlungen der Landtouren größtenteils abgeschafft, ebenso die Abtragegebühren und der Sommerurlaub. Remedur kann aber nicht geschaffen werden, wenn nur ein Teil der Kollegen organisiert ist. Mann für Mann müssen sich die Kollegen dem Verbande anschließen, dann werden sich zur geeigneten Zeit menschenwürdige Zustände auch beim Mehltransport schaffen lassen, wie in allen andern Branchen unseres Berufes.

Essen-Ruhr. Wie unsere Kutscher und Fuhrleute mit den Kolonialwaren-Engrosgehilfen betriebs ihrer Arbeitszeit noch ausgenutzt werden, davon ein kleines Beispiel.

Kürzlich wurde ein Fuhrmann der Firma Grün-eisen Essen-Altendorf mit einer Fuhr nach Marl und Umgegend geschickt. Derselbe fuhr morgens um 5 Uhr vom Hof ab und kam den andern Morgen um 4 Uhr wieder zu Hause an. Er war also rund 23 Stunden ununterbrochen unterwegs gewesen. Bei einer so langen Arbeitszeit braucht man sich nicht zu wundern, wenn so viele Unglücksfälle im Fuhrwerksbetriebe passieren. Daß so ein Fuhrmann vor lauter Müdigkeit nicht in der Lage ist, sein Fuhrwerk so zu lenken wie es nötig ist, davon wird leider nichts gesagt. Und wer heute als Fuhrmann nur 10 Stunden beschäftigt gewesen ist und seine Wagen im Gewühl der elektrischen Bahnen, Automobils u. s. w. gelenkt hat, der hat wahrlich seine Arbeitskraft verbraucht und ist der Ruhe bedürftig. Aber wie sieht es nun mit den Pferden aus? Nachdem diese wie oben bemerkt um 4 Uhr nach 23stündiger Tätigkeit in den Stall gekommen waren; wurden sie nach 4 Stunden Ruhe um 8 Uhr wieder angespannt und bis abends 7 Uhr beschäftigt. Dieselben sind also mit einer 4stündigen Ruhe 32 1/2 Stunden im Geschirr gewesen. Hier wäre noch ein reichhaltiges Feld für den Tier-ärzter zu bearbeiten, daß auch in dieser Hinsicht Abhilfe geschaffen würde. Den Fuhrleuten jedoch rufen wir zu, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband, organisiert euch, dann seid ihr auch in der Lage, euch menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Hamburg I. Nachstehender Tarifvertrag wurde für unsere Kollegen bei der Firma Otto Klopff abge-schlossen. Derselbe bringt zunächst für die Kutscher einen einheitlichen Lohn, indem in dem abgelassenen Vertrage die Kutscher klassifiziert waren in Kundschaft-lischer, Brotschischer u. c. Der Grundlohn und ebenso der Höchstlohn wurden um je 1.— Mk. erhöht, ebenso wird der Höchstlohn selbst in kürzerer Dauer erreicht, wie bisher. Aus diesem Abschluß ist ersichtlich, daß selbst bei den Hamburger Brotschischen sich annehmbare Vereinbarungen schaffen lassen, wenn der gute Wille vorhanden ist. Bei der Hanja-Brotfabrik kam es bekanntlich im Jahre 1908 zum Streit; hernach kommt dann auch noch die Firma herbei und verlagert die Organisation wegen des erlittenen Schadens? — Weides wäre unbedingt vermieden worden, wenn auch die letztere Firma nur etwas Entgegenkommen gezeigt hätte.

Tarif-Vertrag

zwischen der Firma Otto Klopff, Hamburg 22, Ham-burgerstr. 178-180, und dem Deutschen Transport-arbeiter-Verband, Verwaltung Hamburg I betr. der Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei obiger Firma beschäftigten Kutscher und Hausdiener.

1. Lohn.

Der Anfangslohn der Kutscher und Chauffeurs beträgt 29.— Mk., nach einhalbjähriger Beschäftigung 30.— Mk., nach einjähriger Beschäftigung 31.— Mk. und nach zweijähriger Beschäftigung 32.— Mk. die Woche.

Der Anfangslohn der Hausdiener über 21 Jahre beträgt 26.— Mk., steigend vierteljährlich um 1.— Mk., bis zum Höchstlohn von 28.— Mk. die Woche. Bei Hausdienern unter 21 Jahren unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung.

2. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit der Hausdiener ist eine zwölf-stündige pro Tag, die der Kutscher ist mit Beendigung der Tour erledigt, einschließlich einer einhalbstündigen Frühstückspause sowie einer einundeinhalbstündigen Mit-tagspause.

Die Sonntagstouren müssen möglichst bis 9 1/2 Uhr vormittags erledigt sein. Das Filktern an den Sonn-tagen hat abwechselnd zu geschehen und wird hierfür dem Betreffenden 2.— Mk. vergütet.

3. M I G e m e i n e s.

Für Landtouren Harburg, Schiffbeck, Ottenfen wird eine wöchentliche Entschädigung von 2.— Mk. gewährt.

Station wird von den in dem Betriebe beschäf-tigten alten Kutschern nicht erhoben. Bei Neuanfan-genden ist dieses der Firma überlassen.

Den Kutschern wird nach Anzahl der Beschäftig-ten ein freier Tag gewährt; sind z. B. 20 Kutscher beschäftigt, so erhalten dieselben alle 20. Tag einen freien Tag.

Die Kündigungsfrist für beide Kategorien ist eine achtstündige.

Bei eintretenden Balancen bedient sich die Firma in erster Linie des Arbeitsnachweises des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Dieser Tarif hat Gültigkeit vom 1. Januar 1910 bis zum 31. Dezember 1911 und bedarf es zur Auf-hebung desselben einer einvierteljährlichen Kündigung. Sollte jedoch inzwischen eine ab-er-malige Vertenerung der Lebensmit-tel durch Böllereintreten, so erklärt sich die Firma bereit, eine Aufbesse-rung der Gesamtlöhne der Kutscher vorzunehmen.

Gelesen und genehmigt.

Hamburg, den 24. Dezember 1909.

Für die Firma: gez. Otto Klopff.

Für den Verband: gez. Wlth. Gaack.

Aus einem Ludwigshafener Fuhrwerksbetriebe. Bei der Firma Jakob Mohr, Böhlfstr. 1, herrscht noch das alte patriarchalische Verhältnis. Die dort beschäftigten Fuhrleute bekommen noch Kost und Logis, und wenn sie die Woche hindurch gearbeitet haben, dann gibt ihnen die Frau Mohr am Sonn-tag mittag ihren verdienten Lohn in der Höhe von 7 Mk. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn der Fuhrmann, der ledig sein muß, nicht mal einen anständigen Anzug auf den Körper bringt.

Am 4. Dezember fand im „Godel“ vom Trans- portarbeiterverband eine Versammlung statt, zu der auch die Fuhrleute der Firma Mohr erschienen und steifen sich in Erkenntnis dessen, daß es doch bei ihnen auch einmal anders werden muß, in den Verband auf-zutreten. Als am Sonntag der Einkassierer bei den drei Kollegen erschien, um die Beiträge einzukassieren (die Uhr zeigte bereits die zwölfte Stunde an), da klopfen die Drei auf ihre leeren Portemonnaies und deuten auf die Tür des Unternehmers, der noch im Besitz des verdienten Wochenlohnes der drei Fuhrleute war. Einer von ihnen sagte endlich die Bourgeoisie, ging hinein, um einen Teil seines Geldes zu erbitten. Der Mann kam aber schon an. Da hieß es: „Was, Ihr wollt in den Verband, das Geld denen Tageeloh-nen bezahlen, damit sie durchbrennen können?“ Der Kollege ließ sich in seiner Unerfahrenheit auch einschüchtern. Er kam betrübten Herzens zum Einkassierer wieder heraus mit dem Bemerkung: „Nehme nur die Bisher wieder mit, denn die Madame leidet's mit, daß wir in den Verband gehen.“

Noch stets war die Firma Mohr ein Hindernis sozialen Fortschrittes der Transportarbeiter. Aber alles hat einmal sein Ende, auch unter den Transportarbeitern in Ludwigshafen hämmert es. Der Frau Mohr aber würde es entschieden besser anstehen, ihren Fuhrleuten den ortsküblichen Lohn von 12 Mk. mit Kost und Logis zu bezahlen, sowie auch, ihre Fuhrleute entsprechend zu behandeln.

Fuhrmannsleben. Ein typischer Fall sozialen Elends, der sich nur hinter der Maske eines patriar-chalischen Verhältnisses entwickelt und fortwuchern kann, wurde am Mittwoch, den 15. ds. Mts. in Peine vor dem Gewerbegericht zutage gefördert. Der Fuhrmann W. Dittmann klagte gegen den Fuhrman-nehmer Otto Baumstein wegen Einbehaltung einer Lohnsumme von 121,80 Mk. Dittmann, welcher 38 Wochen bei obengenanntem Unternehmer als Assen- und Sandfuhrmann frohndete, bekam von demselben pro Woche sage und schreibe „Fünf Mark“ und außerdem freie Station. Wenn jemand nun doch 5 Mk. Wo-chenlohn erhält, dann sollte man doch wenigstens be-züglich der Kost und Verpflegung etwas Gutes er-warten. Aber weit gefehlt. Die Mahlzeiten, oft nur halb genug nach Aussage des D., wurden ihm durchs Fenster gereicht und er mußte diese im Stalle zu sich nehmen. Im Stalle mußte er auch auf einem Strohbündel hinter den Werben, die wenigen Stunden Nachtruhe zubringen. Bezüglich der Arbeitszeit war Baumstein gar nicht so knauserig wie bezüglich des Lohnes. Von des Morgens beim ersten Fahnen-schrei bis tief in die Nacht hinein durfte sich der Auf-seher nach Herzenslust (des Unternehmers) ausarbeiten und eine Mittagspause gab es nur im Interesse der Pferde. Nun werden sich gewiß die Leser dieser Zeilen fragen, kann denn ein Mensch mit 5 Mk. wöchentlich auskommen? Unter einigermaßen menschlichen Ver-hältnissen ist dieses natürlich nicht möglich, allein, wie die Sachen hier nun einmal liegen, dann gewöhnt man sich auch menschliche Bedürfnisse ab. Lauenstein hielt es dann auch nicht einmal für nötig, dem Fuhr-mann den vollen Wochenlohn auszuhändigen und speiste ihn mit 30 Bfg. bis 2 Mk. pro Woche ab, mit den Worten: „Du brauchst ja kein Geld.“ Daß solche Behandlung und diese tierische Lebensweise auch in hohem Maße deprimierend auf Geist und Körper eines Menschen wirken muß, bedarf doch wohl keines weiteren Beweises. So kann es dann auch niemand wundern, daß ein solcher Mensch es an der nötigen Aufmerksamkeit beim Lenken eines Fuhrwerks fehlen läßt. Vor einiger Zeit karambolierte nämlich D. mit einem Handwagen, wodurch dieser beschädigt und einem darin sitzenden Kinde ein Finger abgefahren wurde. Als Dittmann nun vor einigen Tagen seiner gastlichen Stätte Valet sagte, befehlt ihm sein Prin-zipal den rückständigen Lohn in obengenannter Höhe

zurück, trotzdem der angerichtete Schaden von der Haftpflichtversicherung gedeckt war. Ditmann reichte dann beim Gewerbegericht Klage ein, von dem Lauenstein nachdem er vor der Verhandlung verduftete, im Wege des Versäumniszuschlages zur Zahlung von 121,80 Mark verurteilt wurde.

Lauenstein legte dagegen Berufung ein und in einem weiteren Termin einigte sich der Fuhrmann leider mit 40 Mt. Entschädigung. So geht es Leuten, die keiner Organisation angehören, sie erhalten Hundelöhne und müssen sich auch diese noch vor Gericht einklagen, um sich obendrein mit einem mageren Vergleiche zu bescheiden. Kollegen, daraus könnt ihr wieder einmal ersehen, wie notwendig für Euch die Organisation ist.

Sangerhausen. In letzter Zeit hat man wieder viel über die Tätigkeit der Tiererschlagvereine geschrieben und besonders wurde betont, daß die Vereine im Winter sich so manchen Pferdeschützend angenommen haben. Nun ist uns ja allerdings nicht bekannt, ob hier am Orte ein solcher Verein existiert. Aber wäre solches der Fall, so hätte dieser gerade hier sehr oft Gelegenheit einzugreifen und dabei sowohl den Pferden, als auch den Menschen eine Wohlthat zu erwirken. Denn wie hier manchmal die Pferde angetrieben werden, das spottet jeder Beschreibung. Betrachten wir uns regelmäßig die Pferde der großen Defonomen und auch der Mittergüter, so fragen wir uns oftmals, wie ist es möglich, daß man solchem abgerackerten Vieh noch solche Lasten aufbürdet! Unsere Unternehmer denken aber auch in den meisten Fällen: die Pferde sind gut versichert und das Andere ist Nebensache!

Daß die Arbeit der Kutscher dadurch nicht angenehmer wird, das geht die Herren ebenso wenig an, als die Tatsache, daß die Kutscher immer noch einige Stunden länger schuften müssen, als die Pferde. Und für diese Zeit erhalten dann die „Knechte“ einen Lohn, bei welchem sie regelmäßig kaufmännisch berechnen müssen, welche Schulden zuerst bezahlt werden können. Unsere Unternehmer fragen eben nicht darnach, daß ihre „Knechte“ auch 200% Steuerzuschlag bezahlen müssen und daß die Wohnungsmieten und Lebensmittel bald unerträglich hoch sind! Ihr liebsten würden es sogar einige „Herren“ sehen, wenn ihre „Knechte“ auch von ihrem Gelde noch die Pferde beschlagen ließen! Nun auch hier geht der Krug so lange zu Wasser bis er bricht; und auch die Kammsgeduld der Kutscher wird einmal ein Ende haben. Dann brauchen sich die Herren aber nicht wundern, wenn der jahrelang aufgespeicherte Groll sich in ungewöhnlicher Weise äußert und mit dem alten Schlandrian tabula rasa macht!

An unseren Kollegen Kutschern aber liegt es, dafür zu sorgen, daß recht bald Verbesserungen eingeführt werden. Ein jeder Kollege muß sich seiner Berufsorganisation anschließen, um gemeinsam, Schulter an Schulter, mit den Berufscollegen bessere Zeiten zu erkämpfen. In der Organisation liegt die Macht des Einzelnen. Deshalb auf, ihr Kutscher von Sangerhausen und Umgegend, schließt euch dem deutschen Transportarbeiter-Verband an, dann werdet ihr nicht mehr Morgens, wenn die Spießbürger von ihrem Stak nach Hause gehen, schon zum Frohdienst des Unternehmers ellen brauchen.

Walzenburg i. Schl. Daß wir im letzten Bericht an unser Fachblatt einige Bemerkungen an den Tod des verstorbenen Mescheder Knipfen und besonders dessen niedrigen Lohn hervorhoben, hat einen hiesigen Herrn gewaltig verschupst. Gewiß hat der Arbeitgeber Mr. E. diesen während seiner Krankheit unterstützt, aber dazu war er auch verpflichtet, die Erfüllung sozialer Pflichten ist den Arbeitgebern immer ein Greuel und wenn sie daran erinnert werden, dann ist ihnen das erst recht nicht recht. Unsere Kollegen werden sich indes durch solche Anschauungen nicht in ihrer Arbeit beirren lassen, sondern den Weg gehen, den sie für gut befinden.

Öffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Halle. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung sprach am 11. Dezember der Schriftleiter über das Thema: „Was können die Kollegen und Kolleginnen tun, um sich die neuen Reichsteuern abzuwehren?“ Seine mit Interesse und Beifall aufgenommenen Ausführungen gipfelten in der Annahme nachstehender Resolution:

„Die versammelten Transportarbeiter und Arbeiterinnen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten in Bezug auf die Abwehr der neuen Reichsteuern voll und ganz einverstanden. Die Versammelten versprechen deshalb mit allen Kräften dahin zu wirken, daß mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation dasjenige, was uns auf der einen Seite durch den Staat genommen, auf der anderen Seite durch Erringung eines höheren Lohnes wieder zurückgemacht wird; weiter versprechen die Versammelten, dahin zu wirken, daß dem Staat und den Schnapsjüngern durch Einschränkung oder völlige Entziehung des Branntweingenußes die sogenannte Liebesgabe entzogen wird.“

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung wurden die Ueberführungsbestimmungen der Bibliothek an die Zentralbibliothek und die am 15. Dezember zu vollziehende Uebergabe selbst, gutgeheißen. Ein Kollege ging dann noch des näheren auf die Differenzen in verschiedenen Betrieben ein. In Betracht kommen die Firmen Haring u. Strache, Gebr. Kroppensiebt, Gebr. Schubert und Friedrich Jesau. Die zwei letzteren haben sich dadurch bemerkbar gemacht, daß sie langjährige Arbeiter jetzt kurz vor dem Fest der Liebe ohne triftige Gründe dem Straßenpflaster überließen, während Herr Jesau jetzt die Zeit gekommen sieht, wo er riskieren kann, sein erst im August d. J. gegebenes Ehrenwort schmöde zu brechen und zwar da-

durch, indem er seinen Arbeitern die nach Beendigung des Streiks bewilligte Lohnzulage von einer Mark wieder in Abzug bringt. Dieser Fall beweist wieder aufs neue, was es für eine Bewandnis mit solcher Art „Ehrenworten“ hat. Die Firma Gebrüder Schibert, Dreifabrik, suchte ihren Kutschern das Koalitionsrecht streitig zu machen; auf Vorstelligwerden seitens der Organisationsleitung hakte sie jedoch zurück. Zu bedauern ist, daß die Mehrzahl der betreffenden Brotfahrer überhaupt noch nicht organisiert sind und mit Recht wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß speziell die Arbeiterfrauen, welche ihr Brot von solchen unorganisierten Arbeitern beziehen, doch diese Leute nach ihrer Organisationszugehörigkeit fragen müßten. — Unter Verschiedenem gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Generalversammlung am 15. Januar 1910 im Volkspark, und das Winterbergmühen ebenda am Sonnabend, den 5. Februar, stattfinden wird. — Eine zu Ende der Versammlung vorgenommene Teller-Sammlung zu Gunsten der ausgesperrten Mansfelder Bergleute ergab 9,50 Mt.

Sammeln a. W. Am Sonntag, den 12. Dezbr. fand eine öffentliche Transportarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Ausbeutung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland.“ Das Referat hatte der Gauleiter übernommen. Der Besuch war leider nur mäßig, was bei einem solchen lehrreichen und interessanten Thema sehr zu bedauern ist. Der Referent verstand es, in seinen etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen, den Anwesenden die Schäden der indirekten Steuern vor Augen zu führen.

Er wies auf die enorme Summe hin, die im Interesse des gegenwärtigen kapitalistischen Staates und der besitzenden Klasse, aus dem Volke herausgepreßt werden. Die Schuldwirtschaft des deutschen Reiches sei hauptsächlich dem wahnwitzigen Wettläufen zu Wasser und zu Lande zu verdanken. Der größte Teil der indirekten Steuern würde dazu gebraucht, um Kriegsschiffe zu bauen und Kanonen und Gewehre zu kaufen, die unter Umständen, wie das ja besonders beim Mansfelder Streik sich gezeigt habe, gegen die Steuerzahler gerichtet werden.

Wie dabei mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet würde, bewies der Kieler Prozeß.

Die Schulden des deutschen Reiches seien von 10 Millionen Mark im Jahre 1875 auf 4253 Mill. Mark gestiegen. Die Schulden der Einzelstaaten von 3574 Millionen Mark im Jahre 1881 auf 13 302 Millionen Mark im Jahre 1908. Die Schulden der Gemeinden mit mehr dem 10 000 Einwohnern in der gleichen Zeit von 772 Millionen Mark auf 5296 Mill. Mark. Anfang 1908 seien auch die Schulden der Gemeinden ermittelt, die weniger denn 10 000 Einwohner haben, diese betragen 1265 Millionen Mark. Es ergibt sich also für das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden eine Gesamtschuldenlast von rund 24 Milliarden Mark. Die Verzinsung, Tilgung und Verwaltung einer solchen Meßensumme erfordere über eine Milliarde Mark im Jahre. Soweit diese Zinsen nicht aus Erwerbsanlagen aufgebracht werden, müssen die Steuerzahler sie aufbringen. Die besitzende Klasse verstände es, die Lasten von sich auf die Schultern der großen Masse abzuwälzen. Diese Gesellschaft habe aber auch ein Interesse an der Schuldenwirtschaft in Deutschland.

Bräut der Staat Geld, so seien sie es, die den aus der arbeitenden Klasse herausgepreßten Mehrwert dem Staate leihen und hierfür wieder Zinsen bekommen, die fast ausschließlich wieder von der arbeitenden Klasse aufzubringen seien.

Die Ausgaben für den Militarismus und Marinismus seien von 409 Millionen Mark im Jahre 1875 auf 1389 Millionen Mark im Jahre 1908 gestiegen.

Diese Zahlen beweisen, warum dem Volke fortwährend neue Steuern auferlegt werden müßten und gerade solche Steuern, die das ohnehin so geringe Einkommen der arbeitenden Klasse ganz erheblich belasten.

Schon Lassalle habe darauf hingewiesen, daß das System der indirekten Steuern, das „infantile“ System sei.

Referent ging dann auf die einzelnen Steuern ein und bewies an der Hand eines reichhaltigen Materials, daß durch die indirekten Steuern und den sich hieraus ergebenden Gewinn der Unternehmer jährlich nahezu 4 Milliarden aus dem Volke herausgepreßt werden. Hinzu kommt noch, daß durch den Verschleiß des „Schlappbundes“ noch weitere 500 Millionen aufgebracht werden müssen. Wie hoch der Extraprofit der Unternehmer der Schnapsbrenner, Bierbrauer und so weiter sein wird, läßt sich auch nicht schätzungsweise angeben. Doch ein gutes Stück dieser neuen Arbeitslast bringen, dem Volke werden endlich einmal die Augen aufgehen, es wird seine wahren Freunde erkennen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, für die Ausbreitung der Ideen der modernen Arbeiterbewegung tätig zu sein, schloß Referent seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

In der Diskussion wurde noch von einigen Kollegen auf das System der Einfuhrzölle hingewiesen, wie dadurch die Herren Agrarier und Mühlenbesitzer sich einen mühelosen Gewinn schaffen.

Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. Kollegen! Wie schon erwähnt, ließ der Besuch der Versammlung zu wünschen übrig, das kann und darf nicht so weitergehen. Die Versammlungen können nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn alle Mann auch erscheinen. Wir richten deshalb an alle Kollegen das Ersuchen, sich in Zukunft etwas mehr um die Veranstaltungen der Organisation zu kümmern. Auch in Bezug auf Agitation und Mitarbeit der Kollegen bei Gewinnung neuer Mitglieder, muß es in Zukunft besser werden. Ein jeder Kollege muß es als seine erste Pflicht betrachten, für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein. Nur dann wird es uns möglich sein, vorwärts zu kommen.

Allgemeines.

Gegen das Anballen des Schnees an Pferdehufen hat sich, wenn man keinen Huslederlitt beschaffen kann, das Einreiben der inneren Pferdehufe mit Seife als vorzuziehend erwiesen. Das Einreiben mit Fett hat zwar denselben Zweck, aber es hält nicht lange vor und der Schnee ist wieder festgeballt. Um ein Hinsitzgen der Pferde bei Schnee zu vermeiden, legt man zwischen die Hufeisen ausgeschnittene Guttaperchablätter von der Dicke des Leders. Die Blätter müssen in heißem Wasser erst erwärmt werden und beim Einlegen und Wiederherausnehmen müssen die Füße der Pferde in gut erwärmtes Wasser gestellt werden. Huslederlitt bleibt aber das beste Gegenmittel.

Winte zur Hebung der Verkehrssicherheit. Je größer die Stadt und je mehr Einwohner dieselbe hat, desto mehr werden die verschiedensten Arten von Transport- und Verkehrsmitteln zur Bewältigung der notwendigen Personen- und Warentransporte Verwendung finden.

Diese Verkehrsmittel müssen sich alle in die vorhandenen Straßengebilde teilen, trotzdem dieselben nicht immer mit dem gemachten Verkehr in Einklang zu bringen sind. Dieses Verhältnis hat zur Folge, daß jetzt sehr große Anforderungen an die Geschicklichkeit, Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart der Führer und Lenker aller Fahrzeuge gestellt werden.

Die neuesten Transport- und Verkehrsmittel sind die Kraftfahrzeuge, die unzweifelhaft den Siegeszug angetreten und sich so eingeführt haben, daß sie Handel und Industrie kaum noch entbehren kann.

Alle neuen Transport- und Verkehrsmittel haben von Anfang an immer Anlaß zu Klagen gegeben, was bei den Kraftfahrzeugen ebenfalls zu finden ist. Dieses kommt auch daher, daß die Unglücksfälle sowie alle sonstigen mit diesen Fahrzeugen in Zusammenhang zu bringenden unliebsamen Vorkommnisse, meist ohne Untersuchung auf das Konto der Chauffeurs gelegt und somit in der Öffentlichkeit eine einseitige, zu Ungunsten des Fahrzeuges und Chauffeurs berufsprechende Meinung erzeugt.

Die Folge hiervon ist, daß die Behörde durch harte undurchführbare Bestimmungen und hohe Strafen für die Führer von Kraftfahrzeugen Unglücksfälle usw. zu verhüten sucht, was aber nicht gelingen kann, weil bei vielen Unglücksfällen nicht die Führer, sondern die fraglichen Straßengänger selbst die Schuld tragen.

Aus diesem Grunde sollten die Behörden die Führer von Fahrzeugen nicht unnötig bestrafen, sondern helfen, dem Publikum Nachstehendes einzuprägen:

1. Gehe in den Straßen einer Großstadt nie gedankenlos, sondern achte stets auf den Verkehr.
2. Benutze, wenn es irgend geht, nur den Fußsteig und auch nur die rechte Seite desselben.
3. Gehe nie ohne zwingenden Grund auf dem Straßendamme, denn dieser ist in erster Linie für den Fahrzeugverkehr bestimmt.
4. Ueberstrecke die Fahrstraße nur dann, wenn es notwendig ist, wenn möglich nur an Straßeneinkreuzungen und auch hier nur in gerader Richtung.
5. Bist Du gezwungen vor einem nahenden Fahrzeuge die Straße zu kreuzen, so tritt niemals zurück, denn der nahende Fahrer rechnet nur mit Deinem Vorwärtsgang.
6. Beleidige nie den Fahrer, Führer oder Lenker eines Fahrzeuges, denn er ist Mensch mit Gefühl so gut wie Du.
7. Bräge alle diese Punkte Deinen Angehörigen ein und Sorge dafür, daß sie danach handeln, dann werden Deine Kinder im Großstadterverkehr niemals Schaden erleiden und werden außerdem später Fußgänger, die zur Sicherheit des Verkehrs beitragen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Die Adresse des Verbandsauschusses ist: August B u d e c k e, M a g d e b u r g, Schrotestr. 17, 3 Tr.

H a c h e n : Das Verbandsbureau befindet sich jetzt Tempelgraben 28, 1 Tr.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3, Absatz 7b des Verbandsstatuts das Mitglied J o h n E m i l, Hpt.-Nr. 41 453, der Verwaltungsstelle Berlin.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend verzeichneter Kollegen: In B e r l i n : S o r n i g, Paul, Hpt.-Nr. 53 979, eingetreten am 25. September 1909; S c h a d e, Fritz, Hpt.-Nr. 61 144, eingetreten am 6. August 1906; ferner in C o u r h a b e n D. D r e h e, Hpt.-Nr. 328 522, eingetreten am 21. Juni 1907.

Ferner ist in B e r l i n gestohlen worden das Mitgliedsbuch des sich auf der Reise befindlichen Kollegen G h r l e r, Wilhelm, Hpt.-Nr. 277 057, der Verwaltungsstelle M a n n h e i m - L u d w i g s h a f e n, eingetreten daselbst am 8. April 1907.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

F. A.: D a s w a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 47 des „Courier“ vom 21. November 1909 ausgeschriebene Stelle eines Einlieferers für den Bezirk Cöpenick zur Mitteilung, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brüsche, Kummelsburg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalberstr. 37.

An die Mitglieder sämtlicher Sektionen des Bezirks Groß-Berlin.

Am **Mittwoch, den 19. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr**, in **Freyers Festsaal, Koppenstr. 29**:

Ausserordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Zusammenschlussverhandlungen der Verbände der Hafenarbeiter, der Seemannischen Arbeiter und der Transportarbeiter. Referent: Kollege **U. Werner**. 2. Die Beschaffung eines eigenen Heims (Verbandshauses) und unsere Stellungnahme hierzu. Referent: Kollege **D. Schumann**. 3. Diskussion und Beschlussfassung.

Bei der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung erachten wir ein wirklich zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder für selbstverständlich. NB. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin. J. U.: **U. Werner**.

Par-Anzeige.

Am **Sonnabend, den 12. Februar 1910**, findet in nachstehend verzeichneten Lokalen

Grosser Wiener Masken-Ball statt.

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain (Königstor). — **Gohmanns Festsäle, Kreuzbergstraße 48.**
Prachtsäle Nord-West, Wieleffstraße 24.

Die Ballmusik wird von stark besetzten Kapellen (Zivilberufsmusiker) ausgeführt.

Besondere Ueberraschungen, welche zur Verschönerung der Feste wesentlich beitragen werden.

Anfang 9 Uhr. Billet 50 Pfennige. Demaskierung 12 Uhr.

Billets sind zu haben bei den Einkassierern, Vertrauensleuten, Betriebskassierern, Zahlstellen und in den Büros der Verwaltung. — Die Mitglieder werden ersucht, für einen regen Billetverkauf Sorge zu tragen.

Am **Sonnabend, den 5. Februar 1910**, findet in **Goppe's Festsäle, Nixdorf, Hermannstr. 49**, auch ein

Grosser Wiener Masken-Ball

statt, wozu die Mitglieder mit ihren verehrlichen Verwandten und Bekannten ebenfalls freundlichst eingeladen sind.

Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pfg. Demaskierung 12 Uhr.

Auch hier werden den Festteilnehmern verschiedene Ueberraschungen, welche zur Verschönerung des Festes beitragen, geboten werden.

An die Mitglieder von Rixdorf, Birk und Creptow!

Am **Sonntag, den 23. Januar 1910**, findet im Lokal von **Goppe, Nixdorf, Hermannstr. 49, (H. Saal)**, abends 6 Uhr, eine **Versammlung** statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung: 1. Die Scharfmacher an der Arbeit. Referent: Kollege **F. Gaerling**. 2. Diskussion und Verschiedenes.

NB. Ein geselliges Zusammensein findet nach Schluss obiger Versammlung diesmal nicht statt.

Die Agitationskommission. J. U.: **Franz Mohr**.

Aufruf zur Mitarbeit!

Zwecks Betreibung einer eifrigen Agitation für unseren Verband richten wir hiermit an die Mitglieder, welche Interesse und etwas freie Zeit haben, das dringende Ersuchen, sich dieser Mitarbeit zu unterziehen.

Die Betreffenden werden gebeten, ihre Adressen möglichst umgehend an die Kollegen Einkassierer **Albert Fröhlich, Nixdorf, Fuldastr. 55/56, Aufgang 12, 4 Treppen, (Ideal-Passage)** und **Karl Monin, Hermannstr. 23, vorn 1 Treppe**, abzugeben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. U.: **August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34.** — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Aufruf an alle sangesfreundigen Kollegen!

Der Männerchor der Handels- und Transportarbeiter, welcher nur aus Verbandskollegen besteht, hat es sich zur Pflicht gemacht, durch immer größere Leistungsfähigkeit seinen Chor auf eine höhere Stufe zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, richten wir an alle sangeslustigen und stimmbegabten Verbandskollegen die Bitte, möglichst zahlreich sich unserem Männerchore anzuschließen.

Diejenigen Kollegen, welche bereits anderen Gesangvereinen angehören, müssten sich verpflichtet fühlen, unserem Männerchore beizutreten, um denselben zu dem zu machen, was er bei der Größe unseres Verbandes sein müsste.

Nächst der Sangeskunst die Zusammengehörigkeit und Geselligkeit zu pflegen, wird nach wie vor unsere Aufgabe sein. Diejenigen nicht sangeskundigen Kollegen, welche trotzdem die Bestrebungen unseres Vereins unterstützen wollen, werden ersucht, demselben als passive Mitglieder beizutreten.

Unsere Uebungskunden finden jeden Freitag Abend von 9-11 Uhr, im Lokal **Grube, Annenstr. 16, Hof 1 Trp.**, statt.

Alle Verbandskollegen, welche bereits anderen Gesangvereinen angehören, und auch diejenigen, welche mit unseren Bestrebungen sympathisieren, laden wir hiermit zu einer Aussprache nach unserem Uebungslokal, am **Sonntag, den 16. Januar und 30. Januar, vormittags 10 Uhr**, freundlichst ein.

Männerchor der Handels- und Transportarbeiter. J. U.: **Der Vorstand**.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Fahrstuhlführer und Portiers.

Am **Montag, den 17. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr**, im **Arbeitsnachweisaaal, Alte Leipzigerstr. 1**:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenleitung vom verfloffenen Jahre. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Verschiedenes.

Die Branchenleitung.

Ferner machen wir die Kollegen auf den am **Sonntag, den 23. Januar**, stattfindenden **Bildbilder-Vortrag** aufmerksam.

Kollegen aus der Herren-, Damen- und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer, Radfahrer etc.

Am **Montag, den 17. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr**, findet im **Arbeitsnachweisaaal, Alte Leipzigerstraße 1**, eine

Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung und Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Da die Versammlung von außerordentlichem Interesse für jeden einzelnen Kollegen ist, erwartet ein vollzähliges Erscheinen

Die Branchenleitung.

Holzindustrie.

Kollegen Packer, Hausdiener, Kutscher usw. aus den Tischlereien, Vergoldereien und Möbelgeschäften Berlins und Umgegend.

Am **Donnerstag, den 20. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr:**

Grosse Versammlung

im **Arbeitsnachweisaaal, Engel-Ufer 15.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl der Sektionsleitung. 3. Verschiedenes.

Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein wirklich zahlreiches Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich.

Die Sektionsleitung. J. U.: **M. Schulze**.

Sektion I.

Am Sonntag, den 23. Januar 1910, im großen Saale der Neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Vortragsabend mit Lichtbildern

„Im Reiche der schwarzen Diamanten“
(mit ca. 100 farbigen Lichtbildern)

1. Die Entstehung der Steinkohle. 2. Das Leben und Treiben im Steinkohlenbergwerk. Das Kaddober Grubenunglück. 3. Übungen der Rettungsmannschaften. 4. Die Arbeiter-Kolonien. 5. In den Kohlenhäfen von Ruhrort.

Busch-Dejinition: „Pater Filucius“
(mit ca. 80 Lichtbildern)

Motto: „Ach, man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geißlichkeit.“

Nach dem Vortrage: Tanz

Eröffnung 5 Uhr Anfang des Vortrages pünktlich 6 Uhr
Billets à 25 Pfg. sind zu haben bei den Einkassierern, Betriebsvertrauensleuten, im Arbeitsnachweis 1, Alte Leipzigerstr. 1, und im Büro, Engel-Ufer 14, 2 Trp., Zimmer 31 und 33.

Kinder unter 14 Jahren sind frei!

Die Sektionsleitung.

Einkassierer und Kassenboten!

Auf Beschluss unserer Branchenversammlung vom 26. November 1909 zahlen die Kollegen ab 1. Januar 1910 den 50 Pf.-Beitrag unter Fortfall der 30 Pf.-Streichfondmarke.

Die Branchenleitung.

Am Donnerstag, den 27. Januar 1910, abends 8 Uhr, findet im Restaurant von A. Sahn, Lintenstr. 73 (Gefe Rosenthaler Tor), eine

Oeffentliche Einkassierer-Versammlung

statt, zu welcher jeder organisierte Kollege unbedingt erscheinen muß.

Tages-Ordnung: 1. Der Arbeitsvertrag bei der Singer & Co. Nähmaschinenfabrik. Referent: Kollege Max Bernhardt, Charlottenburg. 2. Diskussion. 3. Herausgabe und Abstempelung der neuen grauen Kontrollkarte für 1910. 4. Bericht und Neuwahl der Branchenleitung. 5. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder.

Kollegen! Die reichhaltige Tages-Ordnung erfordert es, daß die Kollegen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Beiträge werden vor der Versammlung entgegen genommen. Mitgliedsbuch muß zwecks Ausstellung der neuen Kontrollkarte vorgezeigt werden.

Die Branchenleitung.

Schneider-Hausdiener.

Am Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in Meyers Klubhaus, Sebastianstr. 72, eine

Delegierten-Versammlung

der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen statt.

Kollegen, die Delegierte obiger Kasse sind, werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Lederbranche.

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden gebeten, in der am Donnerstag, den 20. Januar 1910, abends 8 Uhr, im Lokal von Richter, Klosterstr. 62, stattfindenden

Branchen-Versammlung

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Achtung! Betriebsvertrauensleute und Mitglieder der einzelnen Branchenleitungen.

Wir richten hiermit an alle unsere Funktionäre das dringende Ersuchen, bei etwaigem Ausscheiden aus Ihren Verbandsämtern, sowie bei jeder Wohnungsänderung hiervon der unterzeichneten Leitung oder ihren zuständigen Branchenberatern sofort Mitteilung zu machen. Die Mitteilung kann schriftlich, am besten durch Postkarte erfolgen. Hierbei muß die Betriebsstätte sowie die Branchen-zugehörigkeit, ob Rollkutscher, Geschäftskutscher, Kellnerarbeiter etc., mit bekannt gegeben werden. Derartige Meldungen sind zu richten: Zimmer 33, Engel-Ufer 15.

Die Sektionsleitung II. J. U.: Uthoff.

Leitergerüstbauer!

Am Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, Branchen-Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Marlen für die Unterstützungs-kasse sind in der Versammlung zu haben.

Die Branchenleitung.

Möbeltransportarbeiter, Kutscher und Packer von Berlin und den Vororten.

Am Sonntag, den 9. Januar 1910, vormittags 11 Uhr,

Große Versammlung

im Landsberger Kasino, Landsbergerstr. 39.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenleitung über die Entwicklung unserer Branche im Jahre 1909. 2. Diskussion. 3. Wahl der neuen Branchenleitung. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung, welche für unsere Berufskollegen von großem Interesse ist, erwarten wir einen recht zahlreichen Besuch. Kein Kollege darf fehlen!

Beiträge werden entgegen genommen, sowie neue Legitimationstickets gegen Vorzeigung des Verbandsbuches ausgehändigt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Die Branchenleitung. J. U.: Paul Lubowitzky.

Vertrauensleute und Branchenleitung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter.

Am Sonntag, den 9. Januar 1910, vormittags 10 1/2 Uhr,

Sitzung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c, II. Saal.

Jeder Betrieb muß unbedingt vertreten sein.

Die Branchenleitung.

Rollkutscher, Begleiter und Bodenarbeiter.

Am Sonntag, den 16. Januar 1910, vormittags 10 1/2 Uhr,

Große Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenleitung über ihre Tätigkeit. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Mineralwasserfabriken, Grossdestillationen, Wein- und Bierhandlungen.

Donnerstag, den 20. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant August Sahn, Lintenstr. 73 (am Rosenthaler Tor)

Große Monatsversammlung mit Frauen

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Branchenleitung und Kassenbericht der Revisoren. 2. Diskussion und Neuwahl der Branchenleitung und der Revisoren. 3. Die Lokalfrage. 4. Aufnahmen neuer Mitglieder und Ausstellung der neuen Legitimationstickets für das Jahr 1910 für unsere Kollegen, Kutscher.

Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß diese Sitzung Beschlüsse von außerordentlicher Tragweite für die fernere Entwicklung unserer Organisation zu fassen hat, ist das Erscheinen aller Ehrensache. Die Legitimationstickets dürfen nur unter Vorlegung der Mitgliedsbücher ausgestellt resp. abgestempelt werden. Erscheint in Massen!

Die Branchenleitungen.

J. U.: Warmuth, Boigt.

Müllkutscher, Schaffner und Verladearbeiter der Wirtschafts-Genossenschaft Berliner Grundbesitzer.

Am Sonntag, den 9. Januar 1910, vorm. 10 Uhr,

Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Arbeitsordnung der Kollegen Kutscher. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen Kutscher ersuchen wir, alle Mann zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Betriebsvertrauensleute aus den Hobel-, Fräse- und Schneidemühlen.

Am Montag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

Sitzung

bei Walter, Adalbertstr. 62, nahe der Adalbertbrücke.

Tages-Ordnung: Der Stand unserer Bewegung.

Jeder Betrieb muß unbedingt durch einen Kollegen vertreten sein!

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Abteilung Süd-Osten.

Am Sonntag, den 16. Januar 1910, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Doppelnerstr. 47.

Monats-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Barthol über: „Der Mensch und das Weltall.“ 2. Ansprache des Kollegen Fritz Drobinski. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Voranzeige!

Ende Januar ist ein Massenbesuch des Museums für Natur- und Meereskunde seitens unserer Jugend-

abteilung geplant. Wir machen die Kollegen schon jetzt darauf aufmerksam mit dem Bemerkten, sich rechtzeitig mit Eintrittsberechtigungskarten versehen zu wollen, welche unentgeltlich bei den Abteilungsleitern bezw. in der Bibliothek, Engel-Ufer 15 III, zu haben sind.

Die näheren Einzelheiten werden in der nächsten Mitteilungsbeilage des „Courier“ bekannt gegeben.

Die Sektionsleitung.

Sektion IV.

Kraftdroschkenführer!

Am Donnerstag, den 20. Januar ex., abends 8 Uhr, findet in den „Muster-Sälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, unsere

Mitglieder-Versammlung

statt. — Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrsbericht. a) Agitationstätigkeit. b) Rechtsschutz. c) Lohnbewegungen. d) Betriebsdifferenzen. e) Arbeitsnachweis. f) Geschäftliches. 2. Diskussion. 3. Berufsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der sehr reichhaltigen und interessanten Tages-Ordnung wegen ist pünktliches Erscheinen aller freihabenden Kollegen notwendig.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Kollegen! Tauscht Eure Kontrollarten um!

Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 26. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr, findet eine außerordentliche General-Versammlung der Nationalen Kranken- und Sterbekasse der Droschkenführer und verwandte Berufsgenossen G. H. K. Nr. 75, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3, statt. Auf der Tages-Ordnung steht als einziger Punkt Statutenänderung.

Die noch zu wählenden Abgeordneten werden zu dieser Versammlung hierdurch eingeladen und ersucht, sämtlich und pünktlich zu erscheinen.

Berlin, den 14. Dezember 1909.

Der Vorstand. W. Knüttler, Vorsitzender.

Berliner Lokales.

Am zweiten Weihnachtstfeiertag ist in einer Droschke, welche von der Prinzenstraße bis nach der Türkenstraße 17 benutzte wurde, eine schwarze Ledertasche, Hausschlüssel und eine weiße Schürze enthalten, liegen geblieben. Es wird gebeten, die Sachen im Bureau der Transportarbeiter, Engel-Ufer 15, 2 Treppen, Zimmer 31, abzugeben.

Warnung vor einem Fahrgeldpreller. In der Nacht vom 26. zum 27. Dezember v. J. ließ sich ein junger Mann von Nizdorf, Hermannplatz, nach der Bülowstr. 53 fahren. Dort angekommen, bemerkte er dem kraftdroschkenführer, daß er etwas warten solle, da er gleich nach dem Café Imperial fahren wolle. Der Fahrgast schloß jedoch das Haus von innen zu und ließ sich nicht wieder sehen. Nachdem der Kollege dort mehrere Stunden gewartet, ließ er sich von einem Wächter das Haus schließen und gelang es ihm auch, den Durchbrenner festzustellen; hierbei erfuhr er, daß auch schon ein anderer Kollege von diesem Fahrgast angefaßt sein soll. Um gemeinschaftlich gegen diesen Preller vorzugehen, ist es erwünscht, daß sich der Kollege, welcher in Mitleidenschaft gezogen ist, melde. Näheres im Zimmer 31, 2 Treppen, des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Vor ca. 4 Wochen wurde in einer Sonnabend-Nacht ein Automobil-Hebezeug gestohlen. Abzuholen täglich bis 2 Uhr nachmittags beim Fuhrherrn Paul Ullm, Freienwalderstr. 20.

Ober-Schöneweide.

Am Sonnabend, den 22. Januar 1910, im Wilhelminenhof

Großer Wiener Masken-Ball

Zur Aufführung gelangt: Eine Komische Banerhochzeit. U. U.: Schwedische Quadrille, getanzt von den Hochzeitsgästen unter Leitung des Balletmeisters v. Kietmal.

Anfang 8 1/2 Uhr. Saalöffnung 8 Uhr.

Billets à 50 Pf. sind zu haben bei den Einkassierern und sonstigen Funktionären.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Das Komitee.

Ober-Schöneweide und Umgegend.

Am Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Warnele, Wilhelminenhofstr. 18,

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Agitationsbericht vom verfloffenen Jahr. 4. Neuwahl der Funktionäre. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Agitiert für diese Versammlung!

Die Agitationskommission.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brückke, Rummelsburg. Verlag der Buchbldg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Adalbertstr. 32.